

Sitzungsvorlage Nr. 101/2016 – Ergänzte Fassung - Tischvorlage

Ausschuss f. Wirtschaft, Infrastruktur u. Verwaltung
am 23.11.2016



zur Beschlussfassung
- Öffentliche Sitzung -

22.11.2016/ 101_2016_WIV_23112016_Anträge der Fraktionen/023

Zu TOP 1:

Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2017, mittelfristige Finanzplanung - Anträge zum Haushalt

I.	Behandelt im Planungsausschuss am 09.11.2016:	1
II.	Behandelt im Verkehrsausschuss am 16.11.2016:	14
III.	Zu behandeln im Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung am 23.11.2016:	36

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung empfiehlt der Regionalversammlung, die Anträge zum Haushaltsplan 2017 und mittelfristiger Finanzplanung 2018 – 2020 mit den Empfehlungen der Ausschüsse unter Einbeziehung der abschließenden Empfehlung des Ausschusses für Wirtschaft Infrastruktur und Verwaltung zu beschließen.

I. Behandelt im Planungsausschuss am 09.11.2016:

Nr.Aus-
schuss
Nr.Antr.
system

Stellungnahme und
Empfehlung der
Geschäftsstelle

Beschlussempfehlung des
Planungsausschusses

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.01 - 332	CDU	<p>Entwicklung der Wohnbauflächen in der Region – Regelmäßiger Sachstandsbericht</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. regelmäßig, mindestens zweimal jährlich, im Planungsausschuss einen Sachstandsbericht über die Entwicklung und weitere Erschließung der Wohnbauschwerpunkte in der Region zu machen; 2. darzustellen, in welchem Maße preiswerter Wohnraum (Miete und Eigentum) von den Kommunen entwickelt und realisiert wird; 3. den regionalen Wohnbaugipfel jährlich durchzuführen und gegebenenfalls zu einem regionalen Bündnis für Wohnen zu erweitern (siehe CDU-Antrag vom 19.10.2015). 	<p>Zu 1. Zustimmung</p> <p>Zu 2. Zustimmung</p> <p>Zu 3. Zustimmung</p> <p>Der kontinuierliche Austausch insbesondere mit den Belegenheitsgemeinden der Wohnungsbauschwerpunkte bleibt ein wesentlicher Bestandteil des „Aktionsprogramms Wohnen“. Dazu kann auch das Format des „Regionalen Wohnbaugipfels“ dienen.</p>	<p>Zu 1. Zustimmung</p> <p>Zu 2. Zustimmung</p> <p>Zu 3. Zustimmung</p> <p>Der kontinuierliche Austausch insbesondere mit den Belegenheitsgemeinden der Wohnungsbauschwerpunkte bleibt ein wesentlicher Bestandteil des „Aktionsprogramms Wohnen“. Dazu kann auch das Format des „Regionalen Wohnbaugipfels“ dienen.</p>
P.02 - 333	CDU	<p>Vorranggebiete für Windkraft in der Region – Stand der Umsetzung</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. zweimal jährlich im Planungsausschuss zu berichten, an wie vielen und welchen der im Beschluss der Regionalversammlung vom 30.09.2015 ausgewiesenen Vorrangstandorte für Windkraft konkrete Maßnahmen zu deren Umsetzung erfolgt sind bzw. unmittelbar bevorstehen, 2. zu berichten, wie sich an diesen Standorten die Akzeptanz durch die Bevölkerung darstellt und wie die Mitwirkungsbereitschaft der zu beteiligenden Behörden, wie z.B. der Landkreise, der Forst- und Unteren Naturschutzbehörden, zu beurteilen ist. 	<p>Zustimmung.</p> <p>Im Rahmen von Genehmigungs- sowie Zielabweichungsverfahren wird der Verband Region Stuttgart beteiligt.</p> <p>Eine Gesamtschau kann auf dieser Basis zweimal jährlich erfolgen.</p> <p>Soweit bekannt, kann dabei auch auf die Mitwirkungsbereitschaft der angeführten Akteure eingegangen werden.</p>	<p>Zustimmung.</p> <p>Im Rahmen von Genehmigungs- sowie Zielabweichungsverfahren wird der Verband Region Stuttgart beteiligt.</p> <p>Eine Gesamtschau kann auf dieser Basis zweimal jährlich erfolgen.</p> <p>Soweit bekannt, kann dabei auch auf die Mitwirkungsbereitschaft der angeführten Akteure eingegangen werden.</p> <p>(Siehe P.12.-281)</p>

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.03 - 334	CDU	<p>Weiterentwicklung Fördermittel Landschaftspark</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, einen Vorschlag zu erarbeiten, wie die Wettbewerbs-Bedingungen auf die Mitfinanzierung von landschaftsplanerischen Maßnahmen in verdichteten Wohngebieten und Industriegebieten ausgeweitet werden können. Dies soll vor Auslobung der Fördermittel Landschaftspark 2017 geschehen.</p>	<p>Zustimmung. Im Rahmen der Auslobung von Co-Finanzierungsmitteln 2017 werden potentielle Antragsteller ausdrücklich auf diese besondere Zielsetzung hingewiesen.</p> <p>Über die Förderung entsprechender Anträge kann die Jury im Rahmen des üblichen Bewertungsverfahrens entscheiden.</p> <p>Eine formale Änderung der Auswahlkriterien wird nicht empfohlen.</p>	<p>Zustimmung. Im Rahmen der Auslobung von Co-Finanzierungsmitteln 2017 werden potentielle Antragsteller ausdrücklich auf diese besondere Zielsetzung hingewiesen.</p> <p>Über die Förderung entsprechender Anträge kann die Jury im Rahmen des üblichen Bewertungsverfahrens entscheiden.</p> <p>Eine formale Änderung der Auswahlkriterien wird nicht empfohlen.</p>

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.04 - 350	Bünd- nis90/D ie Grü- nen	<p>Informationsstrategie für verdichtetes Bauen</p> <p>1. Angesichts des Mangels an bezahlbarem Wohnraum beantragen wir eine gezielte Informationsstrategie zu verdichtetem Bauen für Gemeinderäte. Durch das Vorstellen gelungener Beispiele können Vorbehalte gegenüber hohen Wohndichten abgebaut werden und die schon durch Flächennutzungspläne gewidmeten Flächen zeitnah realisiert werden.</p> <p>2. Verdichtetes Bauen braucht eine sorgfältige Planung des Wohnumfeldes. Gerade bei Wohnungsbau Schwerpunkten hat die Region mit dem Konzept des Landschaftsparks die Möglichkeit beispielhafte Planungen der umgebenden Landschaft auch finanziell zu unterstützen. Auch auf diese Möglichkeiten sollen Gemeinden hingewiesen und durch positive Beispiele angeregt werden.</p>	<p>Zu 1. Zustimmung. Mit der angeführten Vorgehensweise können die Bemühungen zur Umsetzung verdichteter Bauformen unterstützt werden. Mittel für eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit sind bislang nicht im Haushalt eingestellt. Für eine entsprechende grafische/publizistische Aufbereitung sind 20.000 € zu veranschlagen.</p> <p>(Siehe P05/323)</p> <p>Zu 2. Zustimmung. Im Rahmen der Auslobung 2017 werden potentielle Antragsteller ausdrücklich auf diese besondere Zielsetzung hingewiesen.</p> <p>Geeignete Beispiele könne dazu ggf. im Rahmen der Infoveranstaltung zur Co-Finanzierung dargelegt werden (siehe 1).</p>	<p>Zu 1. Zustimmung. Mit der angeführten Vorgehensweise können die Bemühungen zur Umsetzung verdichteter Bauformen unterstützt werden. Mittel für eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit sind bislang nicht im Haushalt eingestellt. Für eine entsprechende grafische/publizistische Aufbereitung sind 20.000 € zu veranschlagen.</p> <p>(Siehe P05/323)</p> <p>Zu 2. Zustimmung. Im Rahmen der Auslobung 2017 werden potentielle Antragsteller ausdrücklich auf diese besondere Zielsetzung hingewiesen.</p> <p>Geeignete Beispiele könne dazu ggf. im Rahmen der Infoveranstaltung zur Co-Finanzierung dargelegt werden (siehe 1).</p>

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.05 - 323	SPD	<p>Dichte als Schlüssel</p> <p>Die Verwaltung wird aufgefordert,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Regionalversammlung darzulegen, wie und in welchem Umfang die im Regionalplan festgesetzten Einwohner-Dichtewerte für die verschiedenen Gemeindetypen und die regionalen Wohnschwerpunkte (60 E/ha bis 90 E/ha) angehoben werden können. 2. bei den Gemeinden der Region zu erheben, welche best-practice-Beispiele es in ihrem Bereich mit verdichtetem Wohnen gibt. 	<p>Zu 1. Keine Zustimmung Die regionalplanerischen Bruttowohndichtewerte leiten sich aus landesweit mit den oberen Raumordnungsbehörden abgestimmten Vorgaben ab.</p> <p>Eine Präzisierung der Werte wurde im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplanes von den Gremien des VRS beschlossen. Hier ist bereits sehr differenziert auf die jeweiligen Gemeindetypen und auf die Wohnungsbauschwerpunkte eingegangen worden.</p> <p>Eine Anhebung erscheint vor dem Hintergrund, dass zu hohe Dichtevorgaben nach Untersuchungen des VRS häufig als ein Hemmnis der Baulandbereitstellung betrachtet werden, nicht empfehlenswert. (siehe auch Antrag P09/291)</p> <p>Zu 2. Zustimmung. In einem Bericht können Beispiele dargestellt werden. (Siehe P04/350)</p>	<p>Zu 1. Keine Zustimmung Die regionalplanerischen Bruttowohndichtewerte leiten sich aus landesweit mit den oberen Raumordnungsbehörden abgestimmten Vorgaben ab.</p> <p>Eine Präzisierung der Werte wurde im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplanes von den Gremien des VRS beschlossen. Hier ist bereits sehr differenziert auf die jeweiligen Gemeindetypen und auf die Wohnungsbauschwerpunkte eingegangen worden.</p> <p>Eine Anhebung erscheint vor dem Hintergrund, dass zu hohe Dichtevorgaben nach Untersuchungen des VRS häufig als ein Hemmnis der Baulandbereitstellung betrachtet werden, nicht empfehlenswert. (siehe auch Antrag P09/291)</p> <p>Zu 2. Zustimmung. In einem Bericht können Beispiele dargestellt werden. (Siehe P04/350)</p>

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.06 - 324	SPD	<p>Teilraumuntersuchung Filder weiterführen</p> <p>Die Geschäftsstelle des VRS wird beauftragt, 1. die Planungen zur Siedlungsentwicklung auf den Fildern weiterzuführen. Hierzu ist ein qualifiziertes, international tätiges Ingenieur-/Planungsbüro zu beauftragen. 2. Als erste Planungsrate werden bis zu 100.000,- EUR in den Haushalt eingestellt.</p>	<p>Zu 1. Zustimmung Die Ausschreibung zur Untersuchung der räumlichen Auswirkungen der geplanten Infrastrukturmaßnahmen auf den Fildern und die notwendigen Konsequenzen wird aktuell gemeinsam mit den Kommunen des KAF vorbereitet.</p> <p>Zu 2. Zustimmung Für den damit verfolgten Ansatz sind im Haushaltplamentwurf bereits Mittel für eine gemeinsame Finanzierung veranschlagt.</p> <p>Über die Ergebnisse der auszuschreibenden Untersuchung wird der PLA im 2. Halbjahr informiert. Über eine Weiterführung der Untersuchung soll erst danach entschieden werden.</p>	<p>Zu 1. Zustimmung Die Ausschreibung zur Untersuchung der räumlichen Auswirkungen der geplanten Infrastrukturmaßnahmen auf den Fildern und die notwendigen Konsequenzen wird aktuell gemeinsam mit den Kommunen des KAF vorbereitet.</p> <p>Zu 2. Zustimmung Für den damit verfolgten Ansatz sind im Haushaltplamentwurf bereits Mittel für eine gemeinsame Finanzierung veranschlagt.</p> <p>Über die Ergebnisse der auszuschreibenden Untersuchung wird der PLA im 2. Halbjahr informiert. Über eine Weiterführung der Untersuchung soll erst danach entschieden werden.</p>

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.07 - 326	SPD	<p>Sicherung von ausreichenden Gewerbeflächen im Verbandsgebiet</p> <p>Die Regionalverwaltung wird beauftragt, bis Mitte 2017 die Bedürfnisse der Kommunen und Wirtschaft zu evaluieren und plausibilisieren und Grundlagen für eine mögliche Fortschreibung des Regionalplanes zu skizzieren.</p>	<p>Zustimmung Die Geschäftsstelle analysiert in Abstimmung mit der WRS derzeit die vorhandenen Flächenpotenziale. Dabei werden auch bestehende Entwicklungshemmnisse untersucht.</p> <p>Gemeinsam mit der WRS werden zudem entsprechende Bedarfe in quantitativer und qualitativer Hinsicht analysiert.</p> <p>(Siehe P08/326)</p>	<p>Zustimmung Die Geschäftsstelle analysiert in Abstimmung mit der WRS derzeit die vorhandenen Flächenpotenziale. Dabei werden auch bestehende Entwicklungshemmnisse untersucht.</p> <p>Gemeinsam mit der WRS werden zudem entsprechende Bedarfe in quantitativer und qualitativer Hinsicht analysiert.</p> <p>(Siehe P08/326)</p>
P.08 - 312	Freie Wähler	<p>Ausweisung von Gewerbeflächen</p> <p>Die Fraktion Freie Wähler beantragt, dass der Regionalplan schnellstmöglich in enger Kooperation mit den Städten und Gemeinden für die Ausweisung weiterer Gewerbeflächen fortgeschrieben wird. Dabei ist insbesondere entlang aller Entwicklungsachsen in der Region zu prüfen, wo Möglichkeiten für die weitere Ausweisung von Gewerbegebietsflächen, regionalplankonform, realisiert werden können. Dies muss in enger Kooperation mit den Städten und Gemeinden erfolgen.</p>	<p>Zustimmung Parallel zu der laufenden Bedarfsanalyse (Siehe P07/326) erfolgt eine Untersuchung möglicher Standortpotenziale. Dabei wird auch die grundsätzliche Umsetzungsbereitschaft ermittelt.</p>	<p>Zustimmung Parallel zu der laufenden Bedarfsanalyse (Siehe P07/326) erfolgt eine Untersuchung möglicher Standortpotenziale. Dabei wird auch die grundsätzliche Umsetzungsbereitschaft ermittelt.</p>

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.09 - 291	LINKE	<p>Stadtregion durch qualitätsvolle Dichte flächenschonend gestalten</p> <p>Die Fraktion DIE LINKE beantragt:</p> <p>1. Die Ziele der Freiraumsicherung/Bruttowohndichte (2.4.0.8 (Z)) im Textteil des Regionalplans werden wie folgt angehoben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Oberzentrum + Schwerpunkte des Wohnungsbaus = 130 Einwohner/ha • Mittelzentren = 110 Einwohner/ha • Unterzentren = 90 Einwohner/ha • sonstige Gemeinden mit verstärkter Siedlungstätigkeit = 80 Einwohner/ha • Gemeinden beschränkt auf Eigenentwicklung im Verdichtungsraum und der Randzone um den Verdichtungsraum = 75 Einwohner/ha • übrige Gemeinden beschränkt auf Eigenentwicklung = 70 Einwohner/Hektar <p>2. Die Geschäftsstelle bereitet eine Teilplanänderung vor und erarbeitet hierzu eine Beschlussvorlage für die Regionalversammlung.</p>	<p>Zu 1. Keine Zustimmung</p> <p>Die regionalplanerischen Bruttowohndichtewerte leiten sich aus landesweit mit den oberen Raumordnungsbehörden abgestimmten Vorgaben ab.</p> <p>Eine Präzisierung der Werte wurde im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplanes von den Gremien beschlossen. Hier ist bereits sehr differenziert auf die jeweiligen Gemeindetypen und auf die Wohnungsbauschwerpunkte eingegangen worden.</p> <p>Eine Anhebung erscheint vor dem Hintergrund, dass zu hohe Dichtevorgaben nach Untersuchungen des VRS häufig als ein Hemmnis der Baulandbereitstellung betrachtet werden, nicht empfehlenswert. (Siehe auch P05/323)</p> <p>Zu 2. Keine Zustimmung</p>	<p>Zu 1. Keine Zustimmung</p> <p>Die regionalplanerischen Bruttowohndichtewerte leiten sich aus landesweit mit den oberen Raumordnungsbehörden abgestimmten Vorgaben ab.</p> <p>Eine Präzisierung der Werte wurde im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplanes von den Gremien beschlossen. Hier ist bereits sehr differenziert auf die jeweiligen Gemeindetypen und auf die Wohnungsbauschwerpunkte eingegangen worden.</p> <p>Eine Anhebung erscheint vor dem Hintergrund, dass zu hohe Dichtevorgaben nach Untersuchungen des VRS häufig als ein Hemmnis der Baulandbereitstellung betrachtet werden, nicht empfehlenswert. (Siehe auch P05/323)</p> <p>Zu 2. Keine Zustimmung</p>

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.10. - 292	LINKE	<p>Regionales Starkregen-Management</p> <p>Die Fraktion DIE LINKE beantragt: Die Verwaltung prüft, welche Möglichkeiten für eine regionale Erfassung von Starkregengefahren bestehen. Zu prüfen sind insbesondere:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Erstellung einer integrierten regionalen Gefahrenkarte zu Hochwasserrisiken durch Starkregen, die in das Geoinformationssystem der Region eingearbeitet und bei Stellungnahmen zur Fortschreibung von Flächennutzungsplänen und zu neuen Bebauungsplänen herangezogen wird. 2. Die Beteiligung an bereits existierenden Initiativen zur Unterstützung von Starkregenprävention (u.a. am Projekt „Starkregen im Einzugsgebiet der Glems“). 3. Die Initiierung und ggfs. Förderung weiterer Projekte zur Erfassung der Risiken von und zur Gefahrenvorbeugung bei Starkregen, sowie die Veröffentlichung der Ergebnisse in geeigneter Form und einfach zugänglichem elektronischem Format. 	<p>Zustimmung zum Prüfauftrag</p> <p>Unterschiedliche Stellen arbeiten an der Verbesserung des Risikomanagements. Hinzu kommen laufende Forschungsvorhaben, die sich ebenfalls mit der Thematik – auch speziell in der Region Stuttgart – beschäftigen.</p> <p>Geprüft wird, ob sich aus den laufenden Initiativen ein überörtlicher Abstimmungsbedarf ergibt. Zu gegebener Zeit wird darüber berichtet.</p>	<p>Zustimmung zum Prüfauftrag</p> <p>Unterschiedliche Stellen arbeiten an der Verbesserung des Risikomanagements. Hinzu kommen laufende Forschungsvorhaben, die sich ebenfalls mit der Thematik – auch speziell in der Region Stuttgart – beschäftigen.</p> <p>Geprüft wird, ob sich aus den laufenden Initiativen ein überörtlicher Abstimmungsbedarf ergibt. Zu gegebener Zeit wird darüber berichtet.</p>

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.11. - 280	FDP	<p>Wohnungsbau in der Region</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2017</p> <p>1. Der Verband Region Stuttgart berichtet</p> <p>a. über seine rechtlichen Möglichkeiten, die Ausweisung von Baugebieten in den regionalen Wohnungsbauschwerpunkten zu beschleunigen.</p> <p>b. über die Möglichkeiten in Vereinbarungen mit den als Wohnungsbauschwerpunkt ausgewiesenen Kommunen eine Baupflicht in den als Baugebiete ausgewiesenen Flächen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes zu erreichen.</p> <p>c. über die rechtlichen Möglichkeiten, die Gültigkeit der Ausweisung von Bauflächen in Form eines in den regionalen Wohnungsbauschwerpunktes zeitlich zu beschränken.</p> <p>2. Der Verband Region Stuttgart erarbeitet mit wissenschaftlichen Partnern aus der Region die Grundlagen für einen Modellversuch „Bevölkerungssicherung im Ländlichen Raum“, mit dem Ziel für die regionalen Bereiche mit Eigenentwicklung ein Sonderprogramm zu entwickeln, das dort einerseits ausreichend Wohnraum bereitstellt, um eine Vergreisung der Bevölkerung zu verhindern und die vorhandene Infrastruktur nutzt. Andererseits die verkehrliche Belastung über ein Mobilitätskonzept möglichst gering hält. In diese Untersuchung sind Steuerungsinstrumente wie Flächenzertifikate und Ökopunkte mit einzubeziehen und ihre Nützlichkeit zu bewerten. Für die Entwicklung des Modellversuchs und erste Umsetzungen wird ein Budget von 50.000 Euro im Haushaltsplan 2017 aufgenommen.</p> <p>3. Der Verband Region Stuttgart wird beauftragt,</p> <p>a. eine Untersuchung „Ökologische Wirkung von nicht genutzten Bauflächen in Kommunen“ mit wissenschaftlichen Partnern in der Region zu initiieren. Diese Untersuchung soll sich im ersten Schritt auf die Wohnbauschwerpunkte der Region konzentrieren und erheben, wie sich die Mobilisierung innerörtlicher Flächen für die Bebauung auf Kleinklima und Pflanzenwelt sowie die Lebensverhältnisse der in der Nachbarschaft wohnenden Menschen auswirken kann. Für die Untersuchung wird ein Etat von 50.000 Euro im Haushaltsplan 2017 aufgenommen.</p> <p>b. Der Grundsatz der Regionalplanung, dass bis zu 50 Prozent der in Innerortslagen vorhandenen Baulücken zu bebauen sind, wird bis zum Abschluss dieser Untersuchungen auf 15 Prozent reduziert und auf der Basis der Ergebnisse auf realistische Werte festgesetzt.</p>	<p>Zu 1. Zustimmung</p> <p>Zu 2. Keine Zustimmung</p> <p>Zu 3. Keine Zustimmung</p> <p>Erläuterung s. unten Seite 13</p>	<p>Zu 1. Zustimmung</p> <p>Zu 2. Keine Zustimmung</p> <p>Zu 3. Keine Zustimmung</p> <p>Erläuterung s. unten Seite 13</p>

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.12. - 281	FDP	<p>Erneuerbare Energien - Schaffung der Fotovoltaik-Region Stuttgart</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2017</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Verband Region Stuttgart berichtet der Regionalversammlung, wie sich die Nutzung der Fotovoltaik in der Region Stuttgart seit 2005 entwickelt hat. 2. Der Verband Region Stuttgart berichtet künftig auf der Basis der Daten der Bundesnetzagentur und von TransNet-BW halbjährlich über den Ausbau der Fotovoltaik in der Region. 3. Der Verband Region berichtet, <ol style="list-style-type: none"> a. für wie viele und welche Flächen, die als Vorranggebiete für Windkraft ausgewiesen worden sind, inzwischen Anträge auf den Bau von Windrädern vorliegen und wie der jeweilige Antragsstand ist beziehungsweise welche Energieproduktion zu erwarten ist. b. ob Flächen, die als Vorranggebiete für Windkraft ausgewiesen sind, alternativ auch als Flächen für Fotovoltaikanlagen genutzt werden können, wenn ein entsprechender Antrag eingereicht wird und wie der Ablauf des entsprechenden Verfahrens wäre. c. welche noch nicht genutzte Flächen für großflächige Fotovoltaikanlagen, die nicht auf Gebäuden montiert sind, momentan in der Region Stuttgart zur Verfügung stehen. d. welche Form der Ausweisung von Gebieten analog zur Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraft gegebenenfalls notwendig oder angebracht wäre. e. wie andere Regionalverbände die Ausweisung von Vorranggebieten beziehungsweise Flächen für Fotovoltaikanlagen handhaben. 4. Der Verband Region Stuttgart stellt im Haushalt 2017 folgende Mittel mit dem Ziel bereit, die Region Stuttgart zur „Fotovoltaik Region Stuttgart“ zu machen. <ol style="list-style-type: none"> a. 50.000 Euro für die Organisation eines Fotovoltaik-Gipfels, bei dem die regionalen Akteure auf diesem Feld, insbesondere die Wissenschaft und das Handwerk, zusammengebracht werden, mit dem Ziel, eine Konzeption zu erarbeiten, wie Fotovoltaik schnell vorangebracht werden kann, um die Energiewende zu unterstützen. b. 50.000 Euro für die Umsetzung der Konzeption und die Schaffung eines gemeinsamen Angebotes mit den Energieagenturen der Landkreise oder den Landkreisen, Städten und Gemeinden der Region direkt. 5. Der Verband Region Stuttgart wirkt auf die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Region Stuttgart (WRS) ein, damit sie sie bis zum Beginn der Abwicklung der Punkte 4 a) und b) ihr Internetangebot unter http://zukunftsenergien.region-stuttgart.de/sixcms/detail.php/248888 auf der Basis der unter 1. bis 3. beantragten Informationen auf den neuesten Stand bringt. 	<p>Zu 1. und 2. Zustimmung Ein Bericht zur Nutzung der Fotovoltaik kann gegeben werden.</p> <p>Zu 3. a) Zustimmung Siehe Antrag P.02.-333</p> <p>Zu 3. b) - e) Zustimmung</p> <p>Zu 4. Zustimmung Einstellung von zusätzlich 100.000 € in den Haushalt</p> <p>Zu 5. Zustimmung</p>	<p>Zu 1., 2., 3., 4. : Keine Zustimmung</p> <p>Zu 5. Zustimmung</p>

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Planungsausschusses
P.13. - 302	IP	<p>Gewerbeflächen sichern</p> <p>VRS und WRS setzen die Schlussfolgerungen aus dem Regionalentwicklungsbericht bezüglich der Sicherung von Gewerbeflächen um, ergänzen diese aber durch Untersuchung des Gewerbeflächenangebots auch außerhalb der 49 Regionalen Gewerbeschwerpunkten.</p>	<p>Zustimmung</p> <p>(Siehe auch Anträge P07/326; P08/312)</p>	<p>Zustimmung</p> <p>(Siehe auch Anträge P07/326; P08/312)</p>
W.02 - 342	CDU	<p>Gewerbeflächenknappheit</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle und die WRS werden beauftragt,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ein Konzept zur kurz- und mittelfristigen Mobilisierung von ca. 400 Hektar real verfügbaren Gewerbeflächen vorzulegen; 2. darzulegen, was im Einzelnen die konkreten Hemmnisse der Baureifmachung sowie Vermarktbarkeit der im Regionalplan ausgewiesenen Gewerbeschwerpunkte sind; 3. Vorschläge zur Neuausweisung von kurzfristig verfügbaren neuen Gewerbeschwerpunkten zu machen; 4. eine Benchmark-Analyse betreffend der konkret verfügbaren Gewerbeflächen zu erarbeiten, die darlegt, wie es um die diesbezügliche Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen europäischen Regionen steht. 	<p>Zusammen mit W.08. Zustimmung.</p>	<p>Zusammen mit W.08. Zustimmung.</p>
W.08 - 349	Bündnis90/Die Grünen	<p>Gewerbeflächen</p> <ol style="list-style-type: none"> a) Der Verband Region Stuttgart erfasst mit der WRS den Stand aller im Regionalplan ausgewiesenen Gewerbeschwerpunkte und benennt die Gründe der mangelnden Umsetzung. Er berichtet in den Ausschüssen über die Ergebnisse und Perspektiven, auch über die potentiellen Nutzungsmöglichkeiten. b) Der Verband leistet mit der WRS fachliche Unterstützung bei der Reaktivierung von Gewerbe- und Industriebrachen. In Kooperation mit den Kommunen soll sowohl eine Auflistung des Bestandes erfolgen, als auch eine Abklärung der Möglichkeiten einer Nachnutzung. Dazu erfolgt eine Beratung im Blick auf notwendige Untersuchungen und Maßnahmen zur Vorbereitung einer Wiedernutzung. Gleichzeitig kann die WRS aufgrund ihrer Datenlage Kontakte zwischen potentiellen Nutzern und Anbietern vermitteln. c) Der Verband wirbt für das Thema flächenschonendes und energieeffizientes Bauen in Gewerbegebieten mit einer Fachveranstaltung und Best-Practice-Beispielen, die sowohl die Möglichkeiten einer mehrstöckigen Bauweise, als auch den schonenden Umgang mit Parkierungs- und Verkehrsflächen aufzeigen. Einbezogen werden sollen zukunftsfähige Mobilitätsangebote für die Mitarbeitenden. 	<p>Zusammen mit W.02. Zustimmung.</p>	<p>Zusammen mit W.02. Zustimmung.</p>

Stellungnahme der Geschäftsstelle zu P.11. - 280:

Zu 1.

Zustimmung

Über die rechtlichen Möglichkeiten wird berichtet.

Zu 2.

Keine Zustimmung

Nur geringe Teile der Region Stuttgart sind als „Ländlicher Raum“ kategorisiert. Dort bestehen grundsätzlich die gleichen regionalplanerischen Entwicklungsmöglichkeiten wie auch in anderen raumordnerischen Kategorien. Eine Sonderbefassung mit dieser Raumkategorie wird in Anbetracht der drängenden Herausforderungen insbesondere im Verdichtungsraum und dessen Randzone nicht empfohlen.

Zu 3.

Keine Zustimmung

a) Die geforderte Untersuchung der ökologischen Wirkung kleinerer potentieller Bauflächen dürfte im Rahmen der üblichen bauleitplanerischen Verfahren bereits auf gemeindlicher Ebene erfolgt sein und bedarf üblicherweise keiner regionalen Begleitung.

Innerhalb der Wohnungsbauschwerpunkte ist eine entsprechende Betrachtung zudem im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung im Zuge der Regionalplanfortschreibung vorgenommen worden. Dabei wurden zu erwartende Eingriffe in Natur und Landschaft den Erfordernissen z.B. einer bedarfsgerechten Wohnraumbereitstellung bzw. verkehrsgünstigen Siedlungsentwicklung gegenübergestellt.

Die Wohnungsbauschwerpunkte sind dabei als „Ziele der Regionalplanung“ bereits abschließend abgewogen.

b) Die vorrangige Nutzung vorhandener Baulücken ergibt sich aus den Bestimmungen des Baugesetzbuches. Die Berücksichtigung vorhandener Baulücken gem. Regionalplan wird im Einzelfall geprüft.

II. Behandelt im Verkehrsausschuss am 16.11.2016:

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.01 - 335	CDU	<p>Beibehaltung der „Panoramastrecke“ Gäubahn sicherstellen</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Stuttgart und dem Land Baden-Württemberg, ein Interimskonzept zu erarbeiten, welches das Ziel hat sicherzustellen, dass die Gäubahn („Panoramastrecke“) von Feuerbach nach Stuttgart-Vaihingen weiter genutzt und damit erhalten bleibt.</p>	Zustimmung.	Zustimmung.
V.02 - 336	CDU	<p>Fahrschein-/Zugangskontrolle auf den S-Bahnstationen der Stammstrecke</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, in Abstimmung mit der DB und dem VVS darzulegen, ob Fahrschein-/Zugangskontrollsysteme auf den S-Bahnstationen der Stammstrecke eingeführt werden können und mit welchen Auswirkungen zu rechnen ist.</p>	Zustimmung.	Zustimmung.
V.03 - 337	CDU	<p>Manfred-Rommel-Flughafen Stuttgart</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Flughafen Stuttgart GmbH aufzuzeigen,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. welche Auswirkungen die sich stark verändernde Landschaft bei den Fluggesellschaften für den Landesflughafen Stuttgart, insbesondere für die Ziele und Flugfrequenzen hat; 2. wie die Flughafen Stuttgart GmbH bzw. der Flughafen künftig strategisch ausgerichtet werden muss, um den Anforderungen der Wirtschaft an entsprechende Flugverbindungen und Bedienungshäufigkeiten gerecht zu werden. 	Zustimmung.	<p>Zu 1. Zustimmung.</p> <p>Zu 2. Keine Zustimmung</p>

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.04 - 338	CDU	<p>Sicherheit und Ordnung im S-Bahn-Verkehr</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt darzulegen,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. wie sich die aktuelle Sicherheitslage auf den Bahnhöfen und in den Fahrzeugen der S-Bahn darstellt, welche Maßnahmen umgesetzt worden sind und welche weiteren Maßnahmen vorgesehen bzw. für erforderlich gehalten werden, wie die weitere Entwicklung der Sicherheitslage eingeschätzt wird und welches weitere Gefährdungspotenzial gesehen wird; 2. durch welche Maßnahmen die Sauberkeit der Bahnsteige und Zugänge gewährleistet wird und ob diese ausreichen; 3. wie das Konzept rauchfreier Bahnhof umgesetzt wird, wie das Rauchverbot in den oberirdischen Bahnhöfen besser kommuniziert und durchgesetzt werden kann; 4. welche Ansätze es gibt, das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste zu erhöhen. 	Zusammen mit V.41. Zustimmung.	Zusammen mit V.41. Zustimmung.
V.05 - 339	CDU	<p>Strategie für den Güterverkehr in der Region Stuttgart</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten, wie mit den verschiedenen Beteiligten ein gemeinsames Strategiekonzept für den Güterverkehr in der Region Stuttgart erstellt werden kann.</p>	Zustimmung. In Verbindung mit einem zusätzlichen Haushaltsan- satz von 50.000 Euro.	Zustimmung. In Verbindung mit einem zusätzlichen Haushaltsan- satz von 50.000 Euro, der aber solange unter Sperr- vermerk gestellt wird, bis eine Zusammenschau der bereits erfolgten Untersu- chungen dargestellt wird und sich der weitere Unter- suchungsbedarf dadurch erschließt.

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.06 - 340	CDU	<p>Umsteigefreie Verbindung aus dem Landkreis Göppingen zum Manfred-Rommel-Flughafen</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt zu untersuchen, wie sichergestellt werden kann, dass der Osten der Region Stuttgart – insbesondere der Landkreis Göppingen – nach Fertigstellung des Bahnprojekts Stuttgart 21 eine regelmäßige schienengebundene, umsteigefreie Anbindung zum Flughafen und zur Messe (Filderbahnhof) erhalten kann.</p> <p>Es sollen insbesondere dargestellt werden,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die technischen Möglichkeiten durch das dritte Gleis am Filderbahnhof, 2. Mögliche Streckenverbindungen aus dem Fils- und Neckartal über den Tiefbahnhof, den Filderbahnhof weiter auf die Gäubahn-Strecke in Richtung Süden, 3. Die erforderlichen Schritte zum Zustandekommen solcher Verbindungen, 4. Die Vorlaufzeiten und einzelnen Schritte zur Bestellung solcher Verbindungen, 5. Das mögliche Fahrgastaufkommen, 6. Die Kosten. 	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Die Anträge V.06, V.14, V.24, V.27 und V.32 werden in einer gemeinsamen Untersuchung gebündelt, damit gesamthaft eine vergleichbare Beurteilungs- und Entscheidungsgrundlage geschaffen wird. Das Vorgehen soll mit dem Aufgabenträger Land und den Infrastrukturbetreibern DB Netz und SSB abgestimmt werden. Die Erkenntnisse aus der vor Ort initiierten Untersuchung werden, soweit vorliegend, mit reflektiert. Als zusätzlicher Haushaltsansatz für die Gesamtuntersuchung wird ein Betrag von 80.000 Euro eingestellt.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Die Anträge V.06, V.14, V.24, V.27 und V.32 werden in einer gemeinsamen Untersuchung gebündelt, damit gesamthaft eine vergleichbare Beurteilungs- und Entscheidungsgrundlage geschaffen wird. Das Vorgehen soll mit dem Aufgabenträger Land und den Infrastrukturbetreibern DB Netz und SSB abgestimmt werden. Die Erkenntnisse aus der vor Ort initiierten Untersuchung werden, soweit vorliegend, mit reflektiert. Als zusätzlicher Haushaltsansatz für die Gesamtuntersuchung wird ein Betrag von 80.000 Euro eingestellt.</p>
V.07 - 348	Bündnis90/Die Grünen	<p>Direktverbindung zwischen Ludwigsburg und Leonberg</p> <p>Der Verband Region Stuttgart prüft, wie sich eine Direktverbindung zwischen Leonberg (Weil der Stadt/Böblingen) und Ludwigsburg (Bietigheim/Marbach/Backnang) über die Trasse „Salzweg“ realisieren lässt.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Zusammen mit V.19 soll in einer Studie untersucht werden, welche Möglichkeiten es gibt, zusätzliche Verkehre auf der S6 Richtung Zuffenhausen – Feuerbach oder über den „Salzweg“ nach Ludwigsburg zu führen. Als zusätzlicher Haushaltsansatz für die Studie wird ein Betrag von 15.000 Euro eingestellt.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Zusammen mit V.19 soll in einer Studie untersucht werden, welche Möglichkeiten es gibt, zusätzliche Verkehre auf der S6 Richtung Zuffenhausen – Feuerbach oder über den „Salzweg“ nach Ludwigsburg zu führen. Als zusätzlicher Haushaltsansatz für die Studie wird ein Betrag von 15.000 Euro eingestellt.</p>

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.08 - 351	Bünd- nis90/D ie Grü- nen	<p>Rabattierte Prepaid-VVS-Tickets</p> <p>Die Verwaltung lässt durch den VVS prüfen, inwiefern vorhandene elektronische Ticketing- Systeme (z.B. die VVS- und SSB-App) für VielfahrerInnen mit alternativen Bewegungsmustern eine Prepaid-Funktion erhalten können und welche Prepaid-Modelle inklusive Rabattierung in das VVS-Tarifsystem integrierbar wären.</p>	<p>Zustimmung. Der VVS wird gebeten, im Rahmen des Tarifsymposiums 2017 Möglichkeiten dazu aufzuzeigen.</p>	<p>Zustimmung. Der VVS wird gebeten, im Rahmen des Tarifsymposiums 2017 Möglichkeiten dazu aufzuzeigen.</p>
V.09 - 352	Bünd- nis90/D ie Grü- nen	<p>Radschnellwege</p> <p>Die Region initiiert mit den entsprechenden Interessenverbänden, den Kreisen und der Stadt Stuttgart einen runden Tisch zum Thema Radschnellwege mit dem Ziel, in der Region Stuttgart ein Schnellverbindungsnetz für Fahrten zu Arbeitsstätten anzulegen und im Straßenraum entsprechend zu beschildern.</p>	<p>Zustimmung. Entsprechend der 2014 für den Haushalt 2015 beschlossenen Umsetzungs- vorschläge (Sitzungsvorlage Nr. 016/2014 RV 10.12.2014 S. 24):</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. In Kooperation mit den Landkreisen und Kommunen sollen <ol style="list-style-type: none"> a. Standards für Schnellradwege definiert sowie b. Verkehrsrelationen identifiziert und diskutiert werden, die für Schnellradwege in Betracht kommen. 2. Mit den Kreisen und Kommunen ist zudem zu klären, <ol style="list-style-type: none"> a. welche Trassen für den Ausbau zu einem Schnellradweg in Betracht kommen und b. welche Bereitschaft zur Mitfinanzierung von Schnellradwegen besteht. 	<p>Zustimmung.</p>

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.10. - 354	Bünd- nis90/D ie Grü- nen	<p>S-Bahn-Gipfel</p> <p>Wir beantragen, dass die Bahn folgende Maßnahmen umsetzt und dem Verkehrsausschuss vor der Sommerpause 2017 darüber berichtet:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Höhere Sauberkeit der Bahnhöfe, Aktualisierung der Aushänge in Informationsschaukästen, Darstellung des Ist-Zustands und konkrete Verbesserungsvorschläge 2. Mehr S-Bahnelfer am Hauptbahnhof in den Hauptverkehrszeiten, diese sind abends bis 19 Uhr tätig 3. Einführung von ETCS auf der Stammstrecke 4. Konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Pünktlichkeit und Vermeidung von Zugausfällen sowie einen konkreten Umsetzungszeitplan mit messbaren Zielvorgaben 5. Bessere Fahrgastinformation bei Verspätung und Störungen: regelmäßige Angaben zu alternativen Fahrmöglichkeiten (Umstieg in Zuffenhausen/Nordbahnhof/Bad-Cannstatt) 	<p>Zusammen mit V.16.</p> <p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Vor der Sommerpause 2017 wird ein S-Bahn-Gipfel durchgeführt. Die Bahn und der VVS sollen konkrete Maßnahmen, u. a. zu Sauberkeit, S-Bahn-Helfern, ETCS, Pünktlichkeit und Fahrgastinformation (u. a. bei Schienenersatzverkehr), sowie ein auf die Infrastruktur bezogenes Sanierungsprogramm vorstellen und darlegen, wie diese umzusetzen sind. Zugleich ist darzustellen, wie die bisherigen Maßnahmen gewirkt haben.</p>	<p>Zusammen mit V.16.</p> <p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Vor der Sommerpause 2017 wird ein S-Bahn-Gipfel durchgeführt. Die Bahn und der VVS sollen konkrete Maßnahmen, u. a. zu Sauberkeit, S-Bahn-Helfern, ETCS, Pünktlichkeit und Fahrgastinformation (u. a. bei Schienenersatzverkehr), sowie ein auf die Infrastruktur bezogenes Sanierungsprogramm vorstellen und darlegen, wie diese umzusetzen sind. Zugleich ist darzustellen, wie die bisherigen Maßnahmen gewirkt haben.</p>
V.11. - 355	Bünd- nis90/D ie Grü- nen	<p>Umweltticket als Jobticket</p> <p>Das Jobticketangebot wird um ein Umwelt-Ticket mit morgendlicher Sperrfrist erweitert. Es wird entsprechend rabattiert. Das Jobticket-Umwelt ist ebenfalls als Plus+-Variante zu erhalten mit dem üblichen Aufschlag für dieselben Zusatznutzen (Übertragbarkeit, Anschlusssticketrabatt, Netzwirkung am Wochenende und Feiertagen, Mitnahmemöglichkeit ab 19 Uhr und am Wochenende usw.).</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Der VVS wird gebeten, die Auswirkungen des Vorschlags zu bewerten. Die Bewertung wird zusammen mit den anderen Tarifvorschlägen in einem VKA zur weiteren Entscheidung vorgelegt.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Der VVS wird gebeten, die Auswirkungen des Vorschlags zu bewerten. Die Bewertung wird zusammen mit den anderen Tarifvorschlägen in einem VKA zur weiteren Entscheidung vorgelegt.</p>
V.12. - 356	Bünd- nis90/D ie Grü- nen	<p>Umweltticket im VVS ab 8.30 Uhr</p> <p>Die Verwaltung lässt durch den VVS prüfen, welche verkehrlichen und finanziellen Auswirkungen eine Ausweitung der Geltungszeit des Umwelttickets von 9 Uhr auf 8:30 Uhr haben würde.</p>	<p>Zustimmung.</p>	<p>Zustimmung.</p>

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.13. - 357	Bünd- nis90/D ie Grü- nen	<p>Wegfall der Sektorengrenzen ab Sommer 2017</p> <p>Der Verkehrsausschuss beauftragt die VertreterInnen des Verbands im VVS-Aufsichtsrat sich für den Wegfall der Sektorengrenzen im VVS-Tarif ab Sommer 2017 einzusetzen. Für die Umsetzung der Maßnahme wird kein Tarifausgleich über eine Tarifierhöhung angesetzt. Sollten dabei Kosten entstehen, die nicht durch Fahrgeldmehreinnahmen gedeckt werden können, werden diese aus Umlagemitteln ausgeglichen.</p>	<p>Zustimmung zu Satz 1.</p> <p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle zu Satz 2 und 3: Nach Vorliegen der Erkenntnisse aus dem Tarifsymposium 2017 wird das Anliegen zusammen mit den weiteren Tarifthemen in einem VKA diskutiert und entschieden.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Nach Vorliegen der Erkenntnisse aus dem Tarifsymposium 2017 wird das Anliegen zusammen mit den weiteren Tarifthemen in einem VKA diskutiert und entschieden.</p>
V.14. - 314	SPD	<p>Teilraumuntersuchung für den SPNV im Bereich Flughafen/Filder – Wendlingen – Kirchheim/T. – Nürtingen – Plochingen</p> <p>Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen der Aufstellung des Regionalverkehrsplans eine Teilraumuntersuchung für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) im Bereich Flughafen/Filder – Wendlingen – Kirchheim/Teck – Nürtingen – Plochingen durchzuführen.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle: Die Anträge V.06, V.14, V.24, V.27 und V.32 werden in einer gemeinsamen Untersuchung gebündelt, damit gesamthaft eine vergleichbare Beurteilungs- und Entscheidungsgrundlage geschaffen wird. Das Vorgehen soll mit dem Aufgabenträger Land und den Infrastrukturbetreibern DB Netz und SSB abgestimmt werden. Die Erkenntnisse aus der vor Ort initiierten Untersuchung werden, soweit vorliegend, mit reflektiert. Als zusätzlicher Haushaltsansatz für die Gesamtuntersuchung wird ein Betrag von 80.000 Euro eingestellt.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle: Die Anträge V.06, V.14, V.24, V.27 und V.32 werden in einer gemeinsamen Untersuchung gebündelt, damit gesamthaft eine vergleichbare Beurteilungs- und Entscheidungsgrundlage geschaffen wird. Das Vorgehen soll mit dem Aufgabenträger Land und den Infrastrukturbetreibern DB Netz und SSB abgestimmt werden. Die Erkenntnisse aus der vor Ort initiierten Untersuchung werden, soweit vorliegend, mit reflektiert. Als zusätzlicher Haushaltsansatz für die Gesamtuntersuchung wird ein Betrag von 80.000 Euro eingestellt.</p>

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.15. - 315	SPD	<p>Vollintegration des Landkreises Göppingen in den VVS</p> <p>Die Regionalverwaltung wird gebeten,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Verhandlungen des Landkreises Göppingen mit den Verbundlandkreisen, der Landeshauptstadt Stuttgart, dem Land und dem VVS über eine Vollintegration des Landkreises Göppingen in den VVS positiv und ergebnisorientiert zu begleiten. 2. Dem Verkehrsausschuss noch im ersten Quartal 2017 einen aktuellen Zwischenstand der Verhandlungen zu geben und dabei insbesondere zu berichten: <ol style="list-style-type: none"> a) Ob und ggf. inwieweit es noch unterschiedliche Vorstellungen des Landkreises Göppingen und der bisherigen Verbundlandkreise sowie der Landeshauptstadt Stuttgart bezüglich der Neuverteilung der Verkehrsumlage gibt. b) Ob der Landkreis Göppingen bereit ist, sein verkehrliches Angebot im ÖPNV auf das Niveau in der Region anzupassen. c) Ob im Rahmen dieser Verhandlungen auch das Thema Ausdehnung des Expressbusnetzes auf den Kreis Göppingen eine Rolle spielt. 	Zustimmung.	Zustimmung.
V.16. - 316	SPD	<p>S-Bahn Gipfel 2017</p> <p>Die Geschäftsstelle des VRS wird beauftragt, angesichts der nach wie vor mangelnden Qualität der S-Bahn und insbesondere der Schieneninfrastruktur auch im Jahr 2017 einen S-Bahn Gipfel einzuberufen. Es ist deshalb ein besonderer Schwerpunkt auf den Zustand der Schieneninfrastruktur zu legen und von DB Netz und Station&Service ein konkretes und nachprüfbares Sanierungsprogramm vorzulegen. Des Weiteren soll erneut über das Prozedere zur Fahrgastinformation bei Schienenersatzverkehr im S-Bahnnetz berichtet werden und über die erreichten Fortschritte bei der Umsetzung der Ankündigungen aus dem Jahr 2015.</p>	<p>Zusammen mit V.10. Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle: Vor der Sommerpause 2017 wird ein S-Bahn-Gipfel durchgeführt. Die Bahn und der VVS sollen konkrete Maßnahmen, u. a. zu Sauberkeit, S-Bahn-Helfern, ETCS, Pünktlichkeit und Fahrgastinformation (u. a. bei Schienenersatzverkehr), sowie ein auf die Infrastruktur bezogenes Sanierungsprogramm vorstellen und darlegen, wie diese umzusetzen sind. Zugleich ist darzustellen, wie die bisherigen Maßnahmen gewirkt haben.</p>	<p>Zusammen mit V.10. Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle: Vor der Sommerpause 2017 wird ein S-Bahn-Gipfel durchgeführt. Die Bahn und der VVS sollen konkrete Maßnahmen, u. a. zu Sauberkeit, S-Bahn-Helfern, ETCS, Pünktlichkeit und Fahrgastinformation (u. a. bei Schienenersatzverkehr), sowie ein auf die Infrastruktur bezogenes Sanierungsprogramm vorstellen und darlegen, wie diese umzusetzen sind. Zugleich ist darzustellen, wie die bisherigen Maßnahmen gewirkt haben.</p>

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.17. - 317	SPD	<p>Evaluation des Sozialtickets in Stuttgart</p> <p>Die Geschäftsstelle des VRS wird beauftragt, in den Verkehrsausschuss Vertreter von SSB und VVS einzuladen, um über die Ergebnisse der Evaluation des Sozialtickets in Stuttgart zu berichten. Dabei soll insbesondere über die tatsächlich angefallenen Kosten berichtet werden, die den Verkehrsbetrieben durch zusätzliches Fahrpersonal und zusätzlichen Fahrzeugeinsatz durch die Einführung des Sozialtickets entstanden sind.</p>	<p>Keine Zustimmung. Es hat sich kein grundlegend neuer Sachverhalt seit der ablehnenden Haltung des VKA ergeben.</p>	<p>Zustimmung.</p>
V.18. - 318	SPD	<p>Bilanz des Jobtickets im VVS</p> <p>Die Geschäftsstelle des VRS wird beauftragt, in den Verkehrsausschuss Vertreter des VVS einzuladen, um eine Bilanz des 2014 eingeführten Jobtickets zu ziehen.</p>	<p>Zustimmung.</p>	<p>Zustimmung.</p>
V.19. - 319	SPD	<p>Untersuchung der Durchbindung der Strohgäubahn in das S-Bahn-Netz</p> <p>Die Geschäftsstelle wird beauftragt, mit dem Zweckverband Strohgäubahn Gespräche aufzunehmen, um die Möglichkeiten und Voraussetzungen einer Durchbindung der Strohgäubahn in das S-Bahn- Netz konkret zu untersuchen.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle: Zusammen mit V.07 soll in einer Studie untersucht werden, welche Möglichkeiten es gibt, zusätzliche Verkehre auf der S6 Richtung Zuffenhausen – Feuerbach oder über den „Salzweg“ nach Ludwigsburg zu führen. Als zusätzlicher Haushaltsansatz für die Studie wird ein Betrag von 15.000 Euro eingestellt.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle: Zusammen mit V.07 soll in einer Studie untersucht werden, welche Möglichkeiten es gibt, zusätzliche Verkehre auf der S6 Richtung Zuffenhausen – Feuerbach oder über den „Salzweg“ nach Ludwigsburg zu führen. Als zusätzlicher Haushaltsansatz für die Studie wird ein Betrag von 15.000 Euro eingestellt.</p>
V.20. - 320	SPD	<p>Drei Jahre ÖPNV-Pakt – Bilanz und Ausblick</p> <p>Die Geschäftsstelle des VRS wird gebeten, dem Verkehrsausschuss eine Bilanz der Arbeit der Arbeitsgruppe Finanzierung vorzulegen.</p>	<p>Zustimmung.</p>	<p>Zustimmung.</p>

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.21. - 321	SPD	<p>Benchmark für ÖPNV-Anbindung von Gewerbegebieten entwickeln</p> <p>Die Regionalverwaltung wird beauftragt, ein regionales Konzept für eine Benchmark für ÖPNV-Anbindungen von größeren Gewerbegebieten in der Region Stuttgart zu entwickeln. Dieses soll auf einer verkehrswissenschaftlichen Stärken- und Schwächenanalyse der ÖPNV-Erreichbarkeit der Gewerbestandorte mit mindestens 3.000 Arbeitsplätzen aufbauen und Benchmarks entwickeln, auf deren Grundlage auch mit den für die Ausgestaltung des Busverkehrs zuständigen Landkreisen und Kommunen in Gespräche eingetreten werden kann.</p>	<p>Zustimmung. In Verbindung mit einem zusätzlichen Haushaltsansatz von 15.000 Euro zur Finanzierung der Stärken- und Schwächenanalyse.</p>	<p>Keine Zustimmung.</p>
V.22. - 309	Freie Wähler	<p>Integration des Landkreises Göppingen in den VVS</p> <p>Wir beantragen, im Verkehrsausschuss über</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Den Stand der WS-Integrationsgespräche mit dem Landkreis Göppingen zu berichten. 2. Die Auswirkungen des künftigen Metropolexpress (Filstalstrecke) auf die Überlegungen zu einer S-Bahn-Verlängerung in den Landkreis Göppingen zu berichten. 	<p>Zu Punkt 1: Zustimmung</p> <p>Zu Punkt 2: Erledigt. (siehe Sitzungsvorlage Nr. 094/2016 VA 20.01.2016)</p>	<p>Zu Punkt 1: Zustimmung</p> <p>Zu Punkt 2: Erledigt. (siehe Sitzungsvorlage Nr. 094/2016 VA 20.01.2016)</p>
V.23. - 310	Freie Wähler	<p>Finanzbeziehungen Region Stuttgart – Land Baden-Württemberg</p> <p>Die Fraktion Freie Wähler beantragt einen Bericht zum Stand der aktuellen Finanzverhandlungen zwischen dem Verband Region Stuttgart und dem Land Baden-Württemberg. Dabei sollen folgende Fragen näher beleuchtet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gibt es mittlerweile eine verbindliche Zusage für eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel auf 91 Mio. €? Ist die Erhöhung an konkrete Maßnahmen gebunden? - Gibt es mittlerweile eine konkrete Zuschusszusage des Landes für die Expressbuslinien? - Gibt es mittlerweile eine konkrete Zuschusszusage des Landes für das Feinstaubticket? - Inwieweit tritt das Land in die Haftung für erhöhte Infrastrukturkosten ein? 	<p>Zustimmung.</p>	<p>Zustimmung. Die Zukunft des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) soll im Rahmen des Antrags mitbearbeitet werden.</p> <p>Spiegelstriche 2 und 3 werden vom Antragssteller für erledigt erklärt</p>

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.24. - 311	Freie Wähler	<p>Tangentiallinie der S-Bahn Böblingen-Flughafen-Neckartal</p> <p>Der Verband gibt eine Untersuchung in Auftrag, mit der die unterschiedlichen Varianten einer Tangentiallinie der S-Bahn Böblingen-Flughafen-Neckartal auf ihre Wirtschaftlichkeit und Machbarkeit untersucht werden.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle: Die Anträge V.06, V.14, V.24, V.27 und V.32 werden in einer gemeinsamen Untersuchung gebündelt, damit gesamthaft eine vergleichbare Beurteilungs- und Entscheidungsgrundlage geschaffen wird. Das Vorgehen soll mit dem Aufgabenträger Land und den Infrastrukturbetreibern DB Netz und SSB abgestimmt werden. Die Erkenntnisse aus der vor Ort initiierten Untersuchung werden, soweit vorliegend, mit reflektiert. Als zusätzlicher Haushaltsansatz für die Gesamtuntersuchung wird ein Betrag von 80.000 Euro eingestellt.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle: Die Anträge V.06, V.14, V.24, V.27 und V.32 werden in einer gemeinsamen Untersuchung gebündelt, damit gesamthaft eine vergleichbare Beurteilungs- und Entscheidungsgrundlage geschaffen wird. Das Vorgehen soll mit dem Aufgabenträger Land und den Infrastrukturbetreibern DB Netz und SSB abgestimmt werden. Die Erkenntnisse aus der vor Ort initiierten Untersuchung werden, soweit vorliegend, mit reflektiert. Als zusätzlicher Haushaltsansatz für die Gesamtuntersuchung wird ein Betrag von 80.000 Euro eingestellt.</p>

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.25. - 293	LINKE	<p>VVS-Sozialticket einführen</p> <p>Die Fraktion DIE LINKE beantragt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Regionalversammlung fordert die Vertreter des Verbands Region Stuttgart im Aufsichtsrat des VVS auf, die Erstellung eines Konzeptes für ein VVS-weites Sozialticket zu beantragen. Das Sozialticket soll für alle Bezieher von Leistungen nach SGB II, SGB XII, WoGG und AsylbLG gelten. Als Basispreis ist der Leistungsanteil für Verkehr im Regelbedarf nach Regelbedarf-Ermittlungsgesetz (RBEG) für Bezieher von Leistungen nach SGB II anzustreben. 2. Bei der Konzepterstellung ist insbesondere ein Modell zu erarbeiten, das eine Abmangelfinanzierung durch die Aufgabenträger für die Verkehrsunternehmen beziehungsweise den VVS in Höhe der ermittelten Umsteigerverluste zum Tag der Einführung vorsieht, und zusätzliche Einnahmen durch Neukundengewinnung nach Einführung anteilig zwischen Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen beziehungsweise VVS aufteilt. 3. Anhand des erstellten Konzeptes sollen die voraussichtlichen Kosten ermittelt und im Aufsichtsrat des VVS sowie in den beteiligten Gebietskörperschaften Landkreise, Stadt Stuttgart und Verband Region Stuttgart vorgestellt werden. Dabei sind die Erfahrungen des Stuttgarter Modells mit zu berücksichtigen. 4. Die für die Konzepterstellung gegebenenfalls anteilig notwendigen Mittel sind von der Verwaltung zu beziffern und im Haushalt zu berücksichtigen. 	<p>Keine Zustimmung. Es hat sich kein grundlegend neuer Sachverhalt seit der ablehnenden Haltung des VKA ergeben.</p>	<p>Der Antrag wird vom Antragsteller zurückgestellt.</p>

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.26. - 294	LINKE	<p>„Bus on demand“: Bedienungsmängel im Buslinienverkehr durch Flexibilisierung und Digitalisierung beheben</p> <p>Die Fraktion DIE LINKE beantragt:</p> <p>1. Die Max-Planck-Gesellschaft und das Institut für Luft- und Raumfahrttechnik berichten zum Projekt „Ecobus“ und zum Reallabor-Pilotvorhaben in Schorndorf im Verkehrsausschuss. Es werden von der Verwaltung Möglichkeiten zur Kooperation ausgelotet und zu diesem Zweck mögliche Förderkanäle über laufende Programme der EU, des Bundes und des Landes geprüft. Die Verwaltung prüft zudem eine Modell-Kooperation mit den Aufgabenträgern für den Busverkehr, den Landkreisen und der Stadt Stuttgart. Zudem bitten wir um Darstellungen, wie die vorgenannten öffentlichen Verkehrsmittel in den VVS-Tarif integriert werden können.</p> <p>2. Der VVS berichtet über die technischen Möglichkeiten, „bus on demand“-Systeme und andere öffentliche Verkehrsmittel wie Taxen und Bürgerbusse in das Fahrgastinformationssystem und die VVS-App zu integrieren.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle für V.26 und V.39:</p> <p>Mit Blick auf die immer stärkeren Verknüpfungen von IV- und ÖV-Angeboten, z. B. durch künftig autonom fahrende Carsharing-Flotten oder Minibus-Flotten als „bus on demand“-Angebot oder andere Mobilitätsdienstleistungen, sollen Entwicklungen auf dem Mobilitätssektor in Kombination mit Smart City-Ansätzen durch die Geschäftsstelle aufgezeigt werden. Zusammen mit möglichen Projektpartnern sollen Umsetzungsperspektiven und Fördermöglichkeiten aufgezeigt werden. Dies geschieht im Zusammenhang mit dem regionalen Verkehrsmanagement.</p> <p>Zusätzlich wird für die Durchführung einer Marktanalyse der Haushaltsansatz zum regionalen Verkehrsmanagement um 25.000 Euro erhöht. Darüber hinausgehende Langfristbetrachtungen werden aufgrund der bestehenden Beschlusslage zum Regionalverkehrsplan untersucht.</p>	<p>Zustimmung zum Antrag</p>

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.27. - 295	LINKE	<p>Tangential-S-Bahn S20 von S-Vaihingen nach Filderstadt</p> <p>Die Fraktion DIE LINKE beantragt: Die Regionalversammlung Stuttgart fordert den Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) dazu auf, die Einführung einer zusätzlichen tangentialen S-Bahn-Verbindung (S20) im Zwischentakt zwischen dem Bahnhof Stuttgart-Vaihingen und dem Endpunkt Filderstadt (später Neuhausen) auf den Fildern zur wesentlichen Verbesserung der verkehrlichen Situation auf den Fildern und zur Entlastung der überlasteten A8 zu prüfen.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle: Die Anträge V.06, V.14, V.24, V.27 und V.32 werden in einer gemeinsamen Untersuchung gebündelt, damit gesamthaft eine vergleichbare Beurteilungs- und Entscheidungsgrundlage geschaffen wird. Das Vorgehen soll mit dem Aufgabenträger Land und den Infrastrukturbetreibern DB Netz und SSB abgestimmt werden. Die Erkenntnisse aus der vor Ort initiierten Untersuchung werden, soweit vorliegend, mit reflektiert. Als zusätzlicher Haushaltsansatz für die Gesamtuntersuchung wird ein Betrag von 80.000 Euro eingestellt.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle: Die Anträge V.06, V.14, V.24, V.27 und V.32 werden in einer gemeinsamen Untersuchung gebündelt, damit gesamthaft eine vergleichbare Beurteilungs- und Entscheidungsgrundlage geschaffen wird. Das Vorgehen soll mit dem Aufgabenträger Land und den Infrastrukturbetreibern DB Netz und SSB abgestimmt werden. Die Erkenntnisse aus der vor Ort initiierten Untersuchung werden, soweit vorliegend, mit reflektiert. Als zusätzlicher Haushaltsansatz für die Gesamtuntersuchung wird ein Betrag von 80.000 Euro eingestellt.</p>
V.28. - 296	LINKE	<p>Industriegleise in der Region erfassen</p> <p>Die Fraktion DIE LINKE beantragt: 1. Die Verwaltung wird beauftragt, ggfs. In Zusammenarbeit mit der WRS eine Erhebung über bestehende Gleisanschlüsse sowie Industriegleisnetze in der Region durchzuführen. Nach Möglichkeit soll auch der Zustand und der mögliche Aufwand zur Wiederinbetriebnahme stillgelegter Anschlüsse bzw. Netze erhoben werden. 2. Die Ergebnisse der Erhebungen sind dem Verkehrsausschuss vorzustellen, ggf. in Verbindung mit den momentan von der Verwaltung mit dem Kooperationszentrum Logistik e. V. Kornwestheim (KLOK) erarbeiteten Konzepten zur Optimierung des Güterverkehrs. 3. Eventuell anfallende besondere finanzielle Belastungen – insbesondere durch zusätzlichen Personalbedarf – durch die Erhebung sind darzustellen und im Haushaltsplan zu veranschlagen.</p>	<p>Erledigt. Mit der Studie des KLOK zu den Industriegleisanschlüssen liegt im regionalen Maßstab eine entsprechende Unterlage vor.</p>	<p>Erledigt. Mit der Studie des KLOK zu den Industriegleisanschlüssen liegt im regionalen Maßstab eine entsprechende Unterlage vor.</p>

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.29. - 297	LINKE	<p>Stuttgart 21 – Chance zum Umstieg nutzen!</p> <p>Die Fraktion DIE LINKE beantragt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Region Stuttgart sieht die bisherigen Planungen zu Stuttgart 21 als gescheitert an und setzt sich für eine Umplanung auf Basis des Alternativkonzepts Umstieg 21 ein. 2. Die Auszahlung der letzte Rate von 12,5 Millionen Euro im Jahr 2017 erfolgt ausschließlich unter dem Vorbehalt, dass die Deutsche Bahn AG das Konzept von Stuttgart 21 auf der Grundlage von Umstieg 21 anpasst. 	Keine Zustimmung.	Keine Zustimmung.
V.30. - 270	FDP	<p>Entschädigung für Dauerkartenbesitzer bei Feinstaubalarm</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt spätestens mit Wirksamkeit für den Haushalt 2017 falls notwendig Der Verband Region Stuttgart trifft zusammen mit DB und VVS eine Regelung, wie Dauerkartenbesitzer im Zuge möglicher Feinstaubalarme ab dem 15. Oktober für die Belastungen entschädigt werden. Dafür wird den Betroffenen pro Alarmtag, an dem der VVS-Einzeltickets zum Kindertarif für Erwachsene ausgibt, ein automatischer Nachlass auf den Kauf des nächsten Dauertickets gewährt. Dieser Nachlass beträgt bei Monatskarten ein Prozent pro Feinstaubalarm-Tag. Der Nachlass wird im Folgemonat bei der Abbuchung des Monatsbetrages automatisch berücksichtigt. Jahreskarten – rückwirkend zum 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2016 und von da jeweils ab dem 1. Januar eines Folgejahres bis zu dessen Ende ein Prozent pro Feinstaubalarm-Tag bis maximal 30 Prozent des Ticketpreises. Der Nachlass wird bei der Abbuchung des Jahresbetrages 2017 und folgende jeweils automatisch berücksichtigt. Die Rabattierung gilt auch für Firmentickets.</p>	<p>Keine Zustimmung.</p> <p>Nach Abschätzung des VVS entstünden Kosten von 13 Mio. Euro/Jahr und zusätzlich ein kaum zu realisierender vertrieblicher Aufwand.</p>	<p>Keine Zustimmung.</p> <p>Nach Abschätzung des VVS entstünden Kosten von 13 Mio. Euro/Jahr und zusätzlich ein kaum zu realisierender vertrieblicher Aufwand.</p>

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.31. - 272	FDP	<p>Verbesserte Unfallsicherheit an S-Bahn-Stationen durch Sicherheitswände</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2017</p> <p>1. Der Verband Region Stuttgart berichtet über die Entwicklung der Unfallzahlen an den vom VVS genutzten Schienenstrecken in den Jahren 2010 bis 2015 und die aktuelle Entwicklung bis Mitte 2016 sowie über die Entwicklungen der Selbsttötungen beziehungsweise Versuchen im gleichen Zeitraum.</p> <p>2. Der Verband Region Stuttgart stellt im Haushalt 2017 einen Betrag von 200.000 Euro als erste Tranche für ein Konzept zur Einführung durchsichtiger Sicherheitswände in den S-Bahn-Stationen bereit, die die Bahnsteige gegenüber den Gleisen abschirmen und so Stürze oder Sprünge auf die Gleise oder das Aufspringen auf anfahrende Sbahn- Züge verhindern. Er führt dieses Sicherheitsmodell testweise an mindestens einem Gleis des Stuttgarter Hauptbahnhofs ein und entwickelt aufgrund der dortigen Erfahrungen die weitere Vorgehensweise für die komplette Absicherung aller regionalen S-Bahn-Stationen durch solche Sicherheitswände, wenn sich diese als sinnvolle Ergänzung erweisen.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle zu Punkt 1: Über die Entwicklung des Störungsgeschehens durch Dritte wird berichtet.</p> <p>Keine Zustimmung zu Punkt 2: Die derzeitige Fahrzeugflotte ist aufgrund unterschiedlicher Türabstände der Fahrzeuge sowie der fehlenden Möglichkeit zum punktgenauen Halten hierzu nicht geeignet. Mittelfristig ist eine entsprechende Umsetzung aus diesem Grund nicht durchführbar. Erste Ansätze zur Umsetzung der skizzierten Idee entstehen erst durch die Einführung von ETCS und die Neuausschreibung von Fahrzeugen.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle zu Punkt 1: Über die Entwicklung des Störungsgeschehens durch Dritte wird berichtet.</p> <p>Keine Zustimmung zu Punkt 2: Die derzeitige Fahrzeugflotte ist aufgrund unterschiedlicher Türabstände der Fahrzeuge sowie der fehlenden Möglichkeit zum punktgenauen Halten hierzu nicht geeignet. Mittelfristig ist eine entsprechende Umsetzung aus diesem Grund nicht durchführbar. Erste Ansätze zur Umsetzung der skizzierten Idee entstehen erst durch die Einführung von ETCS und die Neuausschreibung von Fahrzeugen.</p>

Nr.Aus- schuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.32. - 273	FDP	<p>Ringschluss S2 S1 – Prüfung direkter Weiterbau</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2017</p> <p>1. Der Verband Region Stuttgart prüft die Wirtschaftlichkeit eines Ringschlusses zwischen S2 und S1 und die Frage, unter welchen Bedingungen ein nahtloser Weiterbau über den jetzt anvisierten Endpunkt Neuhausen möglich wäre.</p> <p>2. Sollten für diese Prüfung finanzielle Mittel in den Haushalt eingestellt werden müssen, beziffert der Verband deren Höhe und schlägt deren Bereitstellung vor.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Die Anträge V.06, V.14, V.24, V.27 und V.32 werden in einer gemeinsamen Untersuchung gebündelt, damit gesamthaft eine vergleichbare Beurteilungs- und Entscheidungsgrundlage geschaffen wird. Das Vorgehen soll mit dem Aufgabenträger Land und den Infrastrukturbetreibern DB Netz und SSB abgestimmt werden. Die Erkenntnisse aus der vor Ort initiierten Untersuchung werden, soweit vorliegend, mit reflektiert. Als zusätzlicher Haushaltsansatz für die Gesamtuntersuchung wird ein Betrag von 80.000 Euro eingestellt.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Die Anträge V.06, V.14, V.24, V.27 und V.32 werden in einer gemeinsamen Untersuchung gebündelt, damit gesamthaft eine vergleichbare Beurteilungs- und Entscheidungsgrundlage geschaffen wird. Das Vorgehen soll mit dem Aufgabenträger Land und den Infrastrukturbetreibern DB Netz und SSB abgestimmt werden. Die Erkenntnisse aus der vor Ort initiierten Untersuchung werden, soweit vorliegend, mit reflektiert. Als zusätzlicher Haushaltsansatz für die Gesamtuntersuchung wird ein Betrag von 80.000 Euro eingestellt.</p>

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.33. - 274	FDP	<p>Einsatzfahrten bei S-Bahn-Vorfällen für Staatsanwalt mit Sondersignal</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2017</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Verband Region Stuttgart regt beim Justizministerium und beim Innenministerium Baden-Württemberg eine Überarbeitung der Einsatzrichtlinien für den diensthabenden Staatsanwalt bei Unfällen und Selbsttötungen im Bereich der S-Bahn an, die sicherstellt, dass der Staatsanwalt in einem Fahrzeug an die Einsatzstelle kommen kann, das berechtigt ist, ein Sondersignal zu führen. 2. Sollten dafür Kosten entstehen, die das Land nicht bereit ist zu tragen, sind diese über den Haushaltsplan 2017 zu finanzieren, um eine sofortige Verbesserung der Situation zu erreichen. 	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle zu Punkt 1: Die Geschäftsstelle geht auf das Justizministerium zu und wirbt dafür, dass seitens der Justiz alles getan wird, um behördliche Sperrungen von Eisenbahnanlagen so kurz wie möglich zu halten.</p> <p>Keine Zustimmung zu Punkt 2: Die Finanzierung von Fahrten der Staatsanwaltschaft liegt in der Zuständigkeit des Landes.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle zu Punkt 1: Die Geschäftsstelle geht auf das Justizministerium zu und wirbt dafür, dass seitens der Justiz alles getan wird, um behördliche Sperrungen von Eisenbahnanlagen so kurz wie möglich zu halten.</p> <p>Keine Zustimmung zu Punkt 2: Die Finanzierung von Fahrten der Staatsanwaltschaft liegt in der Zuständigkeit des Landes.</p>
V.34. - 275	FDP	<p>Trinkbrunnen an S-Bahn-Stationen</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2017</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Verband Region Stuttgart stellt im Haushalt 2017 einen Betrag von 10.000 Euro für ein Konzept zur Einführung von Standtrinkbrunnen an den S-Bahn-Stationen beginnend mit dem Hauptbahnhof in Stuttgart bereit. Im Konzept soll die Aufstellung mindestens eines Muster-Trinkbrunnens (unverbindliches Beispiel siehe Abbildung) enthalten. 2. Das Konzept soll in Zusammenarbeit mit DB-Service erstellt werden. 3. Das Konzept soll die Möglichkeit enthalten, dass die Trinkbrunnen gesponsert beziehungsweise als Werbeträger genutzt werden können. 	<p>Keine Zustimmung. Der Vorschlag für das Angebot an die Reisenden geht über den Verantwortungsbereich der Region als Aufgabenträger hinaus.</p>	<p>Keine Zustimmung. Der Vorschlag für das Angebot an die Reisenden geht über den Verantwortungsbereich der Region als Aufgabenträger hinaus.</p>

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.35. - 276	FDP	<p>VVS Fahrgastbeirat – Berichte und Öffentlichkeitsarbeit</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2017</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Protokolle der Sitzungen des Fahrgastbeirats des VVS werden den Mitgliedern des Verkehrsausschusses rückwirkend zum 1. Januar 2016 und ab sofort im Anschluss an jede Sitzung des Fahrgastbeirates zur Verfügung gestellt. 2. Der Verband Region prüft, ob und wie er die Berichterstattung über den VVSFahrgastbeirat im Verbandsmagazin „Region Stuttgart aktuell“ intensivieren kann und ob eine regelmäßige Berichterstattung beispielsweise in Form einer eigenen Themenseite wünschenswert und möglich ist. 3. Für den Fall, dass sich bei der Prüfung von Punkt 2 ergibt, dass dies zu einer Erhöhung des Magazin-Umfangs und damit zu höheren Druckkosten führt, stellt der Verband vorsorglich im Haushalt 2017 zusätzliche Mittel von 10.000 Euro bereit, um diesen Mehraufwand abzufangen. Soweit diese Mittel nicht für die Information über den Fahrgastbeirat benötigt werden, können diese alternativ für eine verstärkte Berichterstattung über die Arbeit der Fraktionen eingesetzt werden. 	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Der Fahrgastbeirat ist eine Initiative innerhalb des VVS und unabhängig von den Verkehrsunternehmen und Aufgabenträgern. Es ist Aufgabe des VVS, über die Arbeit des Fahrgastbeirats zu informieren. Auf Inhalte und Entscheidungen hat der VRS keinen Einfluss. Gleichwohl wird regelmäßig über relevante Themen des ÖPNV in „Region Stuttgart aktuell“ berichtet, in welcher Form, bleibt der redaktionellen Entscheidung vorbehalten.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Der Fahrgastbeirat ist eine Initiative innerhalb des VVS und unabhängig von den Verkehrsunternehmen und Aufgabenträgern. Es ist Aufgabe des VVS, über die Arbeit des Fahrgastbeirats zu informieren. Auf Inhalte und Entscheidungen hat der VRS keinen Einfluss. Gleichwohl wird regelmäßig über relevante Themen des ÖPNV in „Region Stuttgart aktuell“ berichtet, in welcher Form, bleibt der redaktionellen Entscheidung vorbehalten.</p>
V.36. - 278	FDP	<p>Nahtlose Übergänge in die und aus den angrenzenden Bereichen des VVS</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2017</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Verband Region Stuttgart berichtet, wie die Übergänge aus dem Gebiet VVS in die angrenzenden Nahverkehrsbereiche verkehrstechnisch und abrechnungstechnisch geregelt sind. 2. Ob und welche Kosten beziehungsweise Einnahmen dem VVS durch verbundübergreifende Fahrgäste derzeit entstehen. 3. Welche Kosten den Nachbarverbänden dadurch entstehen. 4. Wie und zu welchen Kosten eine bessere Vernetzung zu erreichen wäre. 5. Ob und welche Kommunen an den Grenzen der Nachbarregionen zur Region außerhalb des Verbundgebietes Interesse an einer VVS-Einbindung haben. 6. Wie weit und welche Nachbarverkehrsverbände eine engere Zusammenarbeit und Vernetzung anstreben. 7. Für den Fall, dass für den beantragten Bericht Kosten entstehen und Haushaltsmittel notwendig sind, wird die Verwaltung beauftragt, diese bis zur Beschlussfassung über den Haushalt 2017 zu beziffern. 	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Die Fragen werden an den VVS und die Nachbarverbände weitergereicht und um eine Beantwortung gebeten. Die Antworten werden im VKA zur Information vorgelegt. Zusätzliche Untersuchungen sollen nicht durchgeführt werden.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Die Fragen werden an den VVS und die Nachbarverbände weitergereicht und um eine Beantwortung gebeten. Die Antworten werden im VKA zur Information vorgelegt. Zusätzliche Untersuchungen sollen nicht durchgeführt werden.</p>

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.37. - 282	FDP	<p>Nutzung der Schienenstrecken durch S-Bahnen und andere Züge</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Verband Region Stuttgart berichtet, wie er sicherstellt, dass im Bereich der Region Stuttgart die S-Bahnen Vorrang vor anderen Zugarten genießen, wenn im Verspätungsfall zeitgleiche Nutzungen auf der Mischstrecke anstehen. 2. Der Verband Region Stuttgart berichtet, welche Auswirkungen die Einführung des 15- Minuten-Taktes auf den gemeinsamen Betrieb mit dem Zugangebot der DB und anderer Anbieter hat. 3. Der Verband Region Stuttgart berichtet, welche Auswirkungen auf den 15-Minuten- Takt ein überlappender Betrieb mit der geplanten Hesse-Bahn hätte, die mit vier Diesel-Loks betrieben werden soll und wie er die Planungen in Renningen beurteilt, wonach die Nutzer der Hesse-Bahn rund 250 Meter bis zum Einstieg in die S-Bahn laufen sollen. 4. Der Verband Region Stuttgart berichtet, wie sich die Aktion Planstart der DB auf die Pünktlichkeit der S-Bahn auswirkt und ob diese im S-Bahn-Netz zu Verspätungen führt, weil IC- und ICE-Züge Vorrang bekommen? 	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Die Regularien des Eisenbahnbetriebs ermöglichen es Aufgabenträgern nicht, für ihre Angebote sicherzustellen, dass sie Vorrang über die von der Bundesnetzagentur festgelegten Regelungen hinaus erhalten. Die Geschäftsstelle berichtet darüber, inwieweit andere Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen bereit sind, gegenüber der S-Bahn im Wege des gegenseitigen Einvernehmens Vorrangregelungen einzuräumen. Über weitere Untersuchungen zur Qualität des S-Bahn-Verkehrs soll erst nach Vorliegen der bereits in Auftrag gegebenen Betriebssimulation entschieden werden.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Die Regularien des Eisenbahnbetriebs ermöglichen es Aufgabenträgern nicht, für ihre Angebote sicherzustellen, dass sie Vorrang über die von der Bundesnetzagentur festgelegten Regelungen hinaus erhalten. Die Geschäftsstelle berichtet darüber, inwieweit andere Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen bereit sind, gegenüber der S-Bahn im Wege des gegenseitigen Einvernehmens Vorrangregelungen einzuräumen. Über weitere Untersuchungen zur Qualität des S-Bahn-Verkehrs soll erst nach Vorliegen der bereits in Auftrag gegebenen Betriebssimulation entschieden werden.</p>
V.38. - 289	FDP	<p>Vollständigen Halbstundentakt auf der S4 einführen</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2017: Auf der S-Bahn-Linie S4 wird schnellstmöglich analog zu den anderen S-Bahn-Linien der vollständige Halbstunden-Takt an sieben Tagen die Woche eingeführt.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Die Geschäftsstelle zeigt den Finanzierungsbedarf in einer Untersuchung auf, damit im Laufe des Jahres 2017 über den Sachverhalt entschieden werden kann.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Die Geschäftsstelle zeigt den Finanzierungsbedarf in einer Untersuchung auf, damit im Laufe des Jahres 2017 über den Sachverhalt entschieden werden kann.</p>

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.39. - 298	FDP	<p>Aufstockung Namoreg-Mittel durch das Land / Projekt Möglichkeiten und Auswirkungen des autonomen Fahrens</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2017: Die Verbandsverwaltung wird beauftragt,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Mit dem Land Gespräche über die Aufstockung des NAMOREG-Programmes zu führen. 2. Im Zuge dieses Programmes ein Projekt „Möglichkeiten und Auswirkungen des autonomen Fahrens“ zu initiieren, das sowohl projektübergreifend über die bisherigen Namoreg-Projekte diesen Aspekt erforscht als auch als eigenständiges Projekt dieses Themenfeld erforscht, um Handlungsmöglichkeiten und –notwendigkeiten zu definieren. 3. Die Region stellt im Haushalt 2017 Mittel in Höhe von 500.000 Euro (inklusive der bereits eingeplanten 100.000 Euro für die Untersuchung Filderraum im unten genannten Projekt Siedlung und Verkehr) bereit, um eine nahtlose Fortführung der Projekte zu sichern. Um die Landesförderung nicht zu gefährden, sind vor dem Einsatz der Mittel jeweils Unbedenklichkeitserklärungen des Landes einzuholen bis die Verhandlungen über einer Erweiterung des Namoreg-Projektes abgeschlossen sind. 	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle für V.26 und V.39: Mit Blick auf die immer stärkeren Verknüpfungen von IV- und ÖV-Angeboten, z. B. durch künftig autonom fahrende Carsharing-Flotten oder Minibus-Flotten als „bus on demand“-Angebot oder andere Mobilitätsdienstleistungen, sollen Entwicklungen auf dem Mobilitätssektor in Kombination mit Smart City-Ansätzen durch die Geschäftsstelle aufgezeigt werden. Zusammen mit möglichen Projektpartnern sollen Umsetzungsperspektiven und Fördermöglichkeiten aufgezeigt werden. Dies geschieht im Zusammenhang mit dem regionalen Verkehrsmanagement. Zusätzlich wird für die Durchführung einer Marktanalyse der Haushaltsansatz zum regionalen Verkehrsmanagement um 25.000 Euro erhöht. Darüber hinausgehende Langfristbetrachtungen werden aufgrund der bestehenden Beschlusslage zum Regionalverkehrsplan untersucht.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle: Mit Blick auf die immer stärkeren Verknüpfungen von IV- und ÖV-Angeboten, z. B. durch künftig autonom fahrende Carsharing-Flotten oder Minibus-Flotten als „bus on demand“-Angebot oder andere Mobilitätsdienstleistungen, sollen Entwicklungen auf dem Mobilitätssektor in Kombination mit Smart City-Ansätzen durch die Geschäftsstelle aufgezeigt werden. Zusammen mit möglichen Projektpartnern sollen Umsetzungsperspektiven und Fördermöglichkeiten aufgezeigt werden. Dies geschieht im Zusammenhang mit dem regionalen Verkehrsmanagement. Zusätzlich wird für die Durchführung einer Marktanalyse der Haushaltsansatz zum regionalen Verkehrsmanagement um 25.000 Euro erhöht. Darüber hinausgehende Langfristbetrachtungen werden aufgrund der bestehenden Beschlusslage zum Regionalverkehrsplan untersucht.</p>

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.40. - 287	AfD	<p>Sozialticket – fair, regional und einheitlich</p> <p>Die Geschäftsstelle soll beauftragt werden, federführend ein Konzept für ein regionsweites Sozialticket zu entwickeln. Das Sozialticket soll für alle in der Region mit Erstwohnsitz ansässigen Bezieher von Leistungen nach SGB II, SGB XII, WoGG, AsylbLG sowie Bezieher des Kinderzuschlages nach dem § 6a BKGG gelten. Als Berechnungsgrundlage ist der Leistungsanteil für Verkehr im Regelbedarf nach § 6 RBEG zu berücksichtigen.</p> <p>1. Bei der Konzeptentwicklung ist ein Modell unter den Gesichtspunkten fair, regional und einheitlich zu erarbeiten. Im Ergebnis soll es über den Zeitverlauf insbesondere ab dem Tag der Einführung die für die Aufgabenträger der Verkehrsunternehmen beziehungsweise den VVS erwartbaren Einnahmeverluste ermitteln, und die zusätzlichen Einnahmen durch die über das Sozialticket geworbenen Neukunden entsprechend gegenrechnen.</p> <p>2. Anhand des erstellten Konzeptes sollen die voraussichtlichen Kosten und Nutzen ermittelt und dem Aufsichtsrat des VVS sowie den beteiligten Gebietskörperschaften und dem VRS unter Einbindung der Erfahrungen des Stuttgarter Modells vorgestellt werden.</p> <p>3. Die für die Konzeptentwicklung ggf. anteilig für den VRS notwendigen Mittel sind von der Verwaltung zu beziffern und im Haushalt zu berücksichtigen.</p>	<p>Keine Zustimmung. Es hat sich kein grundlegend neuer Sachverhalt seit der ablehnenden Haltung des VKA ergeben.</p>	<p>Keine Zustimmung. Es hat sich kein grundlegend neuer Sachverhalt seit der ablehnenden Haltung des VKA ergeben.</p>
V.41. - 308	IP	<p>Sicherheit im S-Bahn-System</p> <p>Die Verwaltung berichtet über Sicherheitsmaßnahmen im S-Bahn-System, insbesondere über den aktuellen Stand der Videoüberwachung an Bahnhöfen und in S-Bahn-Zügen.</p>	<p>Zusammen mit V.04. Zustimmung.</p>	<p>Zusammen mit V.04. Zustimmung.</p>

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses
V.42. - 359	IP	<p>Modernes Signalsystem für das S-Bahn-Gleisnetz der Region Stuttgart Die Gruppe Innovative Politik stellt den Antrag, für die geplante Modernisierung des S-Bahn-Gleisnetzes der Region Stuttgart nicht das System ETCS Level 2, sondern das System CBCT 4 einzusetzen.</p>	<p>Keine Zustimmung. Im Gegensatz zum Communication-Based Train Control 4, welches hauptsächlich in geschlossenen Nahverkehrsnetzen (Metro-Systemen) eingesetzt wird, ist ETCS ein europaweit normiertes Verfahren. Es entspricht dem aktuellen Stand der Technik und ist in seiner Funktionalität über dem Level 2 erweiterbar und damit zukunftsfähig in Richtung automatisiertes autonomes Fahren. Beide Systeme basieren auf den gleichen technischen Grundlagen.</p>	<p>Der Antrag wird vom Antragsteller zurückgezogen</p>
V.43. - 360	IP	<p>Viergleisiger Ausbau der Neubaustrecke Flughafen – Neckartal Die Gruppe Innovative Politik stellt den Antrag, die im Rahmen von S21 neu zu errichtende Gleisstrecke vom Flughafen zum Neckartal viergleisig auszuführen.</p>	<p>Keine Zustimmung. Die Neubaustrecke befindet sich derzeit im Bau. Die gewünschte Veränderung lässt sich in übersehbaren Planungszeiträumen nicht realisieren.</p>	<p>Der Antrag wird vom Antragsteller zurückgezogen</p>
V.44. - 361	IP	<p>Tunnelführung der Gäubahn Die Gruppe Innovative Politik stellt den Antrag, untersuchen zu lassen, welchen verkehrstechnischen sowie ökonomischen Nutzen eine Tunnelführung der Gäubahn erbrächte.</p>	<p>Keine Zustimmung. Aufgrund des bekannten Verkehrspotenzials und der absehbaren Kosten lässt sich ein Tunnel in übersehbaren Planungszeiträumen nicht realisieren.</p>	<p>Keine Zustimmung. Aufgrund des bekannten Verkehrspotenzials und der absehbaren Kosten lässt sich ein Tunnel in übersehbaren Planungszeiträumen nicht realisieren.</p>

III. Zu behandeln im Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung am 23.11.2016:

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirt- schaft, Infrastruktur u.Vw.
W.01 - 341	CDU	<p>Deutschland-Tour in die Region bringen</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, gemeinsam mit der WRS und der SportRegion die Initiative zu ergreifen, dass 2018 eine Etappe der Deutschland- Tour 2018 in der Region Stuttgart ausgetragen wird. Hierfür werden zusätzlich 10.000 Euro in den Haushalt 2017 eingestellt.</p>	Zustimmung.	
W.02 - 342	CDU	<p>Gewerbeflächenknappheit</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle und die WRS werden beauftragt,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ein Konzept zur kurz- und mittelfristigen Mobilisierung von ca. 400 Hektar real verfügbaren Gewerbeflächen vorzulegen; 2. darzulegen, was im Einzelnen die konkreten Hemmnisse der Baureifmachung sowie Vermarktbarkeit der im Regionalplan ausgewiesenen Gewerbeschwerpunkte sind; 3. Vorschläge zur Neuausweisung von kurzfristig verfügbaren neuen Gewerbeschwerpunkten zu machen; 4. eine Benchmark-Analyse betreffend der konkret verfügbaren Gewerbeflächen zu erarbeiten, die darlegt, wie es um die diesbezügliche Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen europäischen Regionen steht. 	Zusammen mit W.08. Zustimmung.	
W.03 - 343	CDU	<p>Gründer- und Selbstständigenberatung – Angebote bündeln</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, gemeinsam mit der WRS ein Internetportal zu entwickeln, das Beratungs- und Unterstützungsangebote für Unternehmensgründer, Start-Ups, Selbstständige und Freiberufler zusammenfasst, in übersichtlicher Form beschreibt und nach Leistungen bündelt.</p>	Zustimmung.	
W.04 - 344	CDU	<p>Hinweistafeln „Region Stuttgart“ an den Hauptverkehrsachsen</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, Verhandlungen mit den zuständigen Stellen der Straßenbauverwaltung aufzunehmen um zu erreichen, dass an den Hauptverkehrsachsen, wie etwa Bundesautobahnen und wichtigen Bundesstraßen in der Region, insbesondere an den Regionsgrenzen, mit geeigneten Hinweistafeln bzw. -schildern auf die Region Stuttgart aufmerksam gemacht werden kann.</p>	Zustimmung.	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system		Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirt- schaft, Infrastruktur u.Vw.
W.05 - 345	<p>CDU</p> <p>Schnelles Internet Mobilfunk</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle und die WRS werden beauftragt, in Ergänzung zur laufenden Breitbandplanung darzustellen,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. wie sich die aktuelle Abdeckung der Region mit Mobilfunk basiertem schnellem Internet (4G) darstellt, 2. wo es Lücken gibt und welche Pläne/Konzepte bestehen, diese zu schließen, 3. wie die Pläne der Provider geographisch und zeitlich aussehen, den neuen Standard 5G in der Region zu implementieren. 	<p>Zustimmung.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur u.Vw.
W.06 - 346	CDU	<p>Stelle eines regionalen Breitbandbeauftragten</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt darzustellen, wie ab dem Haushaltsjahr 2017 die Stelle eines regionalen Breitbandbeauftragten geschaffen werden kann, der den Aufbau eines regionalen Backbone-Netzes begleitet und unterstützt.</p>	<p>Zusammen mit W.07. Zustimmung mit ergänzendem Vorschlag der Geschäftsstelle Die Darstellung der Geschäftsstelle zur Schaffung der Stelle befindet sich in der Anlage 2. Ergänzend wird folgender Beschluss gefasst:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung empfiehlt der Regionalversammlung, im Rahmen des Haushaltsbeschlusses 2017 eine auf 3 Jahre befristete Stelle (EG 14) für einen Regionalen Breitbandbeauftragten zu schaffen. 2. Die Geschäftsstelle wird beauftragt, die Stelle im Dezember 2016, nach dem Haushaltsbeschluss, öffentlich auszuschreiben. 3. Der Antrag wird für erledigt erklärt. 	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirt- schaft, Infrastruktur u.Vw.
W.07 - 347	Bünd- nis90/D ie Grü- nen	<p>Breitbandausbau vorantreiben</p> <p>Für die weitere Planung des Auf- bzw. Ausbau eines Breitbandnetzes in der Region Stuttgart werden 100.000 Euro in den Haushalt 2017 eingestellt.</p>	<p>Zusammen mit W.06. Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle: Im Haushaltsentwurf 2017 sind bereits Mittel eingestellt. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung wird der bisherige Planansatz um 18 T€ erhöht.</p>	
W.08 - 349	Bünd- nis90/D ie Grü- nen	<p>Gewerbeflächen</p> <p>a) Der Verband Region Stuttgart erfasst mit der WRS den Stand aller im Regionalplan ausgewiesenen Gewerbeschwerpunkte und benennt die Gründe der mangelnden Umsetzung. Er berichtet in den Ausschüssen über die Ergebnisse und Perspektiven, auch über die potentiellen Nutzungsmöglichkeiten.</p> <p>b) Der Verband leistet mit der WRS fachliche Unterstützung bei der Reaktivierung von Gewerbe- und Industriebrachen. In Kooperation mit den Kommunen soll sowohl eine Auflistung des Bestandes erfolgen, als auch eine Abklärung der Möglichkeiten einer Nachnutzung. Dazu erfolgt eine Beratung im Blick auf notwendige Untersuchungen und Maßnahmen zur Vorbereitung einer Wiedernutzung. Gleichzeitig kann die WRS aufgrund ihrer Datenlage Kontakte zwischen potentiellen Nutzern und Anbietern vermitteln.</p> <p>c) Der Verband wirbt für das Thema flächenschonendes und energieeffizientes Bauen in Gewerbegebieten mit einer Fachveranstaltung und Best-Practice-Beispielen, die sowohl die Möglichkeiten einer mehrstöckigen Bauweise, als auch den schonenden Umgang mit Parkierungs- und Verkehrsflächen aufzeigen. Einbezogen werden sollen zukunftsfähige Mobilitätsangebote für die Mitarbeitenden.</p>	<p>Zusammen mit W.02. Zustimmung.</p>	
W.09 - 353	Bünd- nis90/D ie Grü- nen	<p>Regionales Strategiekonzept umsetzen</p> <p>Die WRS möge berichten, ob und gegebenenfalls mit welchem Aufwand die im Strategiekonzept SUEVIA entwickelten Vorhaben auch ohne EFRE-Förderung umgesetzt werden könnten.</p>	<p>Zustimmung.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirt- schaft, Infrastruktur u.Vw.
W.10. - 358	Bünd- nis90/D ie Grü- nen	<p>Wirtschaftlicher Energie- und Ressourcen-Kreislauf</p> <p>Im Rahmen seiner Aufgabe als Regionale Kompetenzstelle für Energieeffizienz (KEFF) und als Kompetenzzentrum Umwelttechnik (KURS) wird die WRS beauftragt darzustellen, welche Potenziale es in den Unternehmen der regionalen Industrie gibt, um entstandene Restprodukte wie z.B. Abwärme weiter zu nutzen und über Strategien zur Vernetzung der verschiedenen Unternehmen im Hinblick auf Angebot und Nachfrage zu berichten.</p>	Zustimmung.	
W.11. - 322	SPD	<p>Wie nachhaltig ist die Region Stuttgart?</p> <p>Die Geschäftsstelle des VRS wird beauftragt, über die Aktivitäten und den Stand der nachhaltigen Entwicklung in der Region zu berichten. Hierzu ist in einem ersten Schritt ein Überblick über alle Bereiche der Nachhaltigkeit in der Region Stuttgart zu erstellen. In einem zweiten Schritt sind daraus Ziele zu formulieren und Maßnahmen abzuleiten.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>In einem Gesamtüberblick über die Region kann eine Darstellung der Entwicklung im Hinblick auf die Nachhaltigkeit gegeben werden.</p>	
W.12. - 325	SPD	<p>Erfahrungsbericht Elektromobilität im VRS</p> <p>Die Geschäftsstelle wird beauftragt,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. einen Bericht zum Ausbaustand der Mobilitätszentralen im Verbandsgebiet mit Beschreibung nach Art und Umfang sowie Nutzung der Angebote vorzustellen. 2. a) über den Ausbaustand der Ladeinfrastruktur zu berichten, b) Vorschläge zur Unterstützung des Ausbaus der Schnelllade-Infrastruktur zu entwickeln und c) Vorschläge zur finanziellen Förderung des schnelleren Ausbaus als Grundvoraussetzung für eine intensivere Nutzung der Elektromobilität in der Region zu machen. 	Zustimmung.	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirt- schaft, Infrastruktur u.Vw.
W.13. - 327	SPD	<p>Internationale Bauausstellung 2027</p> <p>Chance für die Region Die Geschäftsstelle wird beauftragt,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. intensiv bei den Kommunen des Verbandes für weitere Ideen und Beteiligungen zu werben. Anschließend sollen die vorliegenden Projekt-Ideen strukturiert werden. 2. Ende 2017 in einer öffentlichen Berichtskonferenz, auf der Grundlage beschriebener Projekte und Projektideen, Themen und Probleme der Kommunen aus der Region, in Hinblick auf die Durchführung einer internationalen Bauausstellung, zu beraten. 3. die IBA-Geschäftsstelle in der WRS personell stufenweise aufzubauen, abhängig von der Konkretisierung der Idee zu einer IBA. 	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle: Es soll entlang der bisher vorgeschlagenen Struktur gearbeitet werden. Um Kommunen und Unternehmen ausreichend Zeit für Ideen und Vorschläge zu geben, soll eine erste Berichtskonferenz Ende 2018 stattfinden. Eine Vorfestlegung der Ansiedlung der IBA-Geschäftsstelle soll nicht erfolgen. Ein stufenweiser Aufbau der IBA-Geschäftsstelle ist ohnehin geplant.</p>	
W.14. - 328	SPD	<p>Integration durch Bildung und Arbeit</p> <p>Die Verwaltung wird gebeten, weiterhin die von WRS, IHK und Handwerkskammern entwickelten Strategien und Maßnahme, die den bei uns angekommenen Flüchtlingen zu einer verbesserten Integration in den hiesigen Arbeitsmarkt verhelfen, zu unterstützen. Dabei ist besonders Sorge zu tragen, dass</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. gezielte Maßnahmen für weibliche Flüchtlinge ausgebaut werden; 2. Verkürzung der Wartezeiten für Alphabetisierungskurse erreicht werden; 3. Maßnahmen entwickelt werden, die den Spracherwerb von Niveau B1 zu B2 mit einer (Teilzeit-) Arbeitsaufnahme kombinieren; 4. Einstiegsqualifizierung mit Sprachförderung (Beispiel Mannheim) auch in der Region Stuttgart einzuführen ist. 	<p>Zustimmung.</p>	
W.15. - 329	SPD	<p>Fairtrade beim VRS</p> <p>Bezugnehmend auf unseren Antrag vom 21.10.2013 und die Beschlussfassung dazu bitten wir die Geschäftsstelle um Darlegung der bisher erfolgten Maßnahmen.</p>	<p>Zustimmung.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirt- schaft, Infrastruktur u.Vw.
W.16. - 330	SPD	<p>Regionalzentren an Bundesfernstraßen einrichten</p> <p>Die Geschäftsstelle des VRS wird beauftragt, 1. ein Konzept zur Einrichtung von Regionalzentren an Bundesfernstraßen zu erstellen und 2. hierfür 50.000,- EUR in den Haushalt einzustellen.</p>	Zustimmung.	
W.17. - 331	SPD	<p>Entwicklung einer intelligenten Region Stuttgart (Smart City Initiative)</p> <p>Die Regionalverwaltung wird gebeten, 1. Modellprojekte in anderen Regionen Europas zum Aufbau und Ausbau von Smart City Initiativen vorzustellen; 2. Vorschläge zum Aufbau einer Organisation unter Bündelung bereits vorhandener Ideen, Projekte und Applikationen, wie Mobilitätsmanagement und vernetzte Mobilität, durch den Verband Region Stuttgart bzw. der WRS einzubringen; 3. die Studien der Universität Karlsruhe zur Mobilität in der Region Stuttgart in den Ausschüssen der Regionalversammlung vorzustellen; 4. über den Umfang und die Vernetzung von Carsharing Projekten in der Region zu berichten.</p>	Zustimmung.	
W.18. - 313	Freie Wähler	<p>Breitbandausbau in der Region Stuttgart</p> <p>Die Fraktion Freie Wähler beantragt, 1. Der Verband Region Stuttgart wird in erster Linie eine koordinierende Funktion im notwendigen Breitbandausbau in der Region Stuttgart einnehmen. 2. Es ist eine gesellschaftsrechtliche Konstruktion zu finden, die es ermöglicht, dass der Breitbandausbau in den Kommunen ausschließlich dort erfolgt, wo es Kommunen wünschen und auch bereit sind, die Kosten dafür zu tragen. Es darf keine Umlagefinanzierung geben. Es muss jeder Kommune klar sein, welche Bedeutung der Breitbandausbau für die jeweilige Wirtschaftsförderung bedeutet. 3. Es ist sicherzustellen, dass das Breitbandnetz keine dauerhaft steuersubventionierte Infrastruktur wird, sondern sich amortisiert.</p>	Zusammen mit W.19. Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle: Eine gesamthafte Betrachtung aller Aspekte ist erst nach Vorliegen der Untersuchungsergebnisse möglich. (Backbone-Planung). Mit der Vorstellung der Ergebnisse im Frühjahr 2017 wird ein Gesamtkonzept zur Beschlussfassung vorgelegt. Haushalterische Ansätze über die unter W.06 und W.07 gemachten Vorschläge hinaus sind nicht erforderlich.	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirt- schaft, Infrastruktur u.Vw.
W.19. - 277	FDP	<p>Breitbandnetz - Ausbau und Betrieb - Gründung einer Gesellschaft / Anstalt öffentlichen Rechts</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2017</p> <p>1. Der Verband Region Stuttgart stellt 500.000 Euro für die Gründung einer Gesellschaft bereit, die mit der schnellstmöglichen Umsetzung des Breitbandausbaus in der Region beginnt, wenn die für Anfang 2017 angekündigte Backbone-Planung vorliegt und der in der Sitzungsunterlage 97/2016 beschriebene wirtschaftliche Betrieb sinnvoll ist. Die Gesellschaft strebt dabei die Zusammenarbeit mit den Kommunen und Landkreisen der Region an.</p> <p>2. Diese Gesellschaft soll, wie in der Unterlage beschrieben, „verantwortlich für den Bau und Besitz des Backbone sowie für die Verpachtung des Betriebs und die Instandhaltung des Gesamtnetzes (sein). Sie beantragt und empfängt Fördermittel für den Bau des Backbones.“ Sie soll sich außerdem durch Dienstleistungen finanzieren, aus Sicht des Antragstellers sollen aber auch Durchleitungsentgelte für die Benutzung der von ihr erstellten Netze zur Finanzierung beitragen. Die Einzelheiten ergeben sich aus dem Businessplan, der Voraussetzung für die Gründung ist.</p> <p>3. Die Gesellschaft wird unverzüglich gegründet, sobald ein belastbarer Businessplan vorliegt. Die Konsultationen und Vereinbarungen mit Städten und Gemeinden der Region finden nach der Gründung der Gesellschaft statt, um das Verfahren zu beschleunigen.</p>	<p>Zusammen mit W.18.</p> <p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Eine gesamthafte Betrachtung aller Aspekte ist erst nach Vorliegen der Untersuchungsergebnisse möglich. (Backbone-Planung). Mit der Vorstellung der Ergebnisse im Frühjahr 2017 wird ein Gesamtkonzept zur Beschlussfassung vorgelegt. Haushalterische Ansätze über die unter W.06 und W.07 gemachten Vorschläge hinaus sind nicht erforderlich.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirt- schaft, Infrastruktur u.Vw.
W.20. - 279	FDP	<p>Medienwandel und Bürgerinformation - Informationsregion Stuttgart</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2017</p> <p>1. Der Verband Region Stuttgart stellt 2017 eine erste Tranche von 50.000 Euro für ein Projekt Informationsregion Stuttgart bereit, mit dem sich die Region dem Wandel der Informationswege stellt und hilft Lösungen zu erarbeiten, damit die Bürgerinformation über die Themen der kommunalen und regionalen Politik als Grundlage einer demokratischen Bürgerbeteiligung auch künftig sichergestellt ist.</p> <p>2. Um die optimale Vorgehensweise zu erarbeiten, wird in einem ersten Schritt Prof. Dr. Frank Brettschneider, Inhaber des Lehrstuhls für Kommunikationswissenschaft an der Universität Hohenheim, mit einer Analyse des Ist-Zustandes und der Darstellung der Ergebnisse in einem Vortrag in der Regionalversammlung beauftragt. Auf der Basis dieser Analyse lädt der Verband Region Stuttgart zu einem Mediengipfel unter Beteiligung der regionalen Zeitungsverlage, des SWR, der regionalen Radio- und Fernsehsender und anderer medialer Akteure ein, der den Medienwandel analysiert und mögliche Strategien für eine Sicherstellung des Informationsflusses zwischen Region, Regionalversammlung und Bürgerschaft erarbeitet, die die Grundlagen für ein (gegebenenfalls förderfähiges) Modellprojekt der Region Stuttgart ergeben.</p> <p>3. Zeitungsverlage, SWR und alle interessierten medialen Akteure werden eingeladen, sich an einem solchen Modellprojekt zu beteiligen und gegebenenfalls auch Rollen als Projektpartner zu übernehmen.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle</p> <p>Der Wandel und Konzentrationsprozesse in den Medien sind Phänomene, die nicht auf die Region Stuttgart beschränkt sind. Sie haben gesamtgesellschaftliche Auswirkungen. Die Geschäftsstelle trägt das Anliegen gegenüber Medienexperten vor, berichtet über deren Einschätzungen im WIV und formuliert einen Vorschlag über das weitere Vorgehen.</p>	
W.21. - 290	FDP	<p>Arbeitsgruppe der Regionalversammlung „Steuerfinanzierung für die Region“</p> <p>Die Regionalversammlung beschließt mit Wirksamkeit für den Haushalt 2017: Die Region setzt eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern aller Fraktionen ein, die einen verhandelbaren Vorschlag für eine Reform der Finanzierung des Verbandes Region Stuttgart erarbeitet. Ziel des Finanzierungskonzeptes soll es sein, eine Finanzierung des Verbandes aus Steuermitteln sicherzustellen und die Umlagebasierte Finanzierung zu beenden, um so die Kreise, Städte und Gemeinden der Region zu entlasten und den politischen Spielraum der Region zu erhöhen.</p>	<p>Keine Zustimmung.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirt- schaft, Infrastruktur u.Vw.
W.22. - 283	AfD	<p>Kosten des Welcome Centers</p> <p>Das Welcome Center leistet wertvolle Arbeit. Diese gilt es wertzuschätzen und auf eine solide finanzielle Basis zu stellen. Vom Welcome Center profitieren neben den Ratsuchenden auch viele Akteure der Privatwirtschaft. Dies reicht vom Wohnungsvermieter, welcher durch die höhere Nachfrage durch Neubürger die Preise anheben kann, über Unternehmen, welchen ein größerer Arbeitnehmerpool zur Verfügung steht, bis zu Einzelhändlern, welche einen wachsenden Kundenstamm verzeichnen können.</p> <p>Die Geschäftsstelle soll daher beauftragt werden, von der WRS GmbH die Informationen einzuholen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - mit welchen Kosten für das Welcome Center wird für 2017 insgesamt gerechnet? - in welchem Umfang werden sich 2017 private Akteure an den Kosten des Welcome Centers beteiligen? - um welche privaten Akteure wird es sich 2017 voraussichtlich handeln? - welche Möglichkeiten sieht die WRS GmbH, eine höhere private Beteiligung zu generieren? 	<p>Erledigt</p> <p>Die Kosten für das Welcome Center betragen rd. 260.000 Euro, davon werden 60 % aus Fördermitteln bestritten.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirt- schaft, Infrastruktur u.Vw.																				
W.23. - 284	AfD	<p>Mittelfristige Finanzplanung</p> <p>Eine solide und nachhaltige Finanzpolitik ist auf allen politischen Ebenen gegenwärtigen wie auch künftigen Generationen gegenüber eine Verpflichtung aller politischen Akteure. Wir fordern daher ein nachhaltiges und zukunftsfähiges Wirtschaften. Dazu gehört stets auch der Schuldenabbau. In der Beschlussvorlage für den Haushalt 2017 wird auf den Seiten 216 und 217 die geplante Entwicklung der Schulden und Rücklagen wie folgt aufgelistet (in T€):</p> <table border="1" data-bbox="280 475 1489 662"> <thead> <tr> <th></th> <th>1. Januar 2016</th> <th>1. Januar 2017</th> <th>1. Januar 2018</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Schuldenstand</td> <td>-18.113</td> <td>-63.646</td> <td>-73.381</td> </tr> <tr> <td>Rücklagen</td> <td>52.755</td> <td>25.766</td> <td>22.820</td> </tr> <tr> <td>Saldo</td> <td>34.642</td> <td>-37.880</td> <td>-50.561</td> </tr> <tr> <td>Veränderung des Saldo zum Vorjahr</td> <td></td> <td>-72.522</td> <td>-12.681</td> </tr> </tbody> </table> <p>Die Verwaltung wird beauftragt</p> <p>a) diejenigen Punkte aus den Teilhaushalten anschaulich darzustellen/zusammenzufassen, welche die wesentlichen Gründe für diese Entwicklung sind</p> <p>b) eine Abschätzung über die Entwicklung der Folgejahre bis 2021 abzugeben. Bei einer Schuldenabbauplanung ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die Region mit dem Haushalt 2017 die letzte Rate von 12,5 Millionen Euro für das Bahn- und Immobilienprojekt Stuttgart 21 leistet</p>		1. Januar 2016	1. Januar 2017	1. Januar 2018	Schuldenstand	-18.113	-63.646	-73.381	Rücklagen	52.755	25.766	22.820	Saldo	34.642	-37.880	-50.561	Veränderung des Saldo zum Vorjahr		-72.522	-12.681	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Zu a.) Erledigt: Wesentliche Gründe für die Entwicklung sind die in Teilhaushalt 6 geplante Finanzierung der Beschaffung der S-Bahn-Fahrzeuge (genaue Darstellung s. S.61 – 62 des Haushaltsplanentwurfs 2017) sowie die Deckung der Risiken aus den S-Bahn-Ausbauvorhaben (s. S. 75 Haushaltsplanentwurf 2017).</p> <p>Zu b.) Erledigt: Die Abschätzung der Entwicklung der Folgejahre in Worten ist auf den Seiten 69 ff sowie in Zahlen auf den Seiten 209 ff (vor allem 209 – 214) des Haushaltsplanentwurfs 2017 dargestellt.</p>	
	1. Januar 2016	1. Januar 2017	1. Januar 2018																					
Schuldenstand	-18.113	-63.646	-73.381																					
Rücklagen	52.755	25.766	22.820																					
Saldo	34.642	-37.880	-50.561																					
Veränderung des Saldo zum Vorjahr		-72.522	-12.681																					

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirt- schaft, Infrastruktur u.Vw.
W.24. - 285	AfD	<p>Mittelzuweisung KulturRegion Stuttgart e. V.</p> <p>Die KulturRegion wird 2017 mit dem Projekt ‚Klartext‘ den Sprachgebrauch in Politik, Kultur und Alltag einer kritischen Reflexion unterziehen. Diese Aufgabenstellung kommt genau zur rechten Zeit – wegen der IBA. Denn wie bereits in der Stuttgarter Zeitung vom 15.10.2016 treffend kommentiert wurde: es bedarf für eine gedeihliche gesellschaftliche Debatte zur IBA „...einer klaren Sprache, die ohne Flucht in unverständlichen Firlefanz auskommt“. Dass dies den IBA-Machern nicht durchgängig gelingt, zeigt sich am ‚Memorandum IBA 2027 StadtRegion Stuttgart‘. Die Dechiffrierung mancher Teile des Werkes stellt selbst sprachbegabte Menschen vor herausfordernde Rätsel. Das ist aber sicherlich nicht geeignet, bei der großen Mehrheit der Bürger „Zustimmung und Begeisterung für die Idee einer IBA in der Region Stuttgart zu wecken“, was aber eines der Hauptziele der IBA-Plattform war und ist. Außer in Fachkreisen völlig ungebräuchliche Fremdwörter und merkwürdige Formulierungen wie etwa „Integration und Inklusion in einer Zuwanderungsregion“, „Querschnittsqualitäten“, „Urban Mining“, „Ausbau der regionalen Governance“, „resilient“, „polyzentrisch“, „Intermodalität im postfossilen Zeitalter“, „sozialräumliche Polarisierungen“, „Cradle to Cradle“ verhindern die notwendige Klarheit und Verständlichkeit. Es ist anzunehmen, dass auch weiterhin allzu viel an solch nebulöser Rhetorik in die IBA-Kommunikation an die Bürger einfließt. Die dadurch errichteten Sprachbarrieren kann das Klartext-Projekt der KulturRegion reduzieren. Zum Beispiel, indem sie sie künstlerisch überhöht darstellt. Das hilft den Bürgern, besser zu verstehen, was ihnen von den IBA-Machern eigentlich mitgeteilt werden will. Wie an diesem Beispiel klar ersichtlich ist, wird die KulturRegion bei ihrem Klartext-Projekt von den IBA-Machern vor erheblich erschwerte Bedingungen gestellt. Deshalb sind zusätzliche Mittel erforderlich. Etwa für externe Fachberatung auf dem Gebiet der Linguistik. Daher beantragt die Gruppe der AfD im VRS, den Beitrag für die KulturRegion für das Haushaltsjahr 2017 um 20.000€ aufzustocken.</p>	<p>Keine Zustimmung.</p> <p>Das Projekt „Klartext“ der KulturRegion ist seit Monaten in Planung, die Projekte zur IBA werden sich zu einem späteren Zeitpunkt konkretisieren. Zudem wurde der jährliche Zuschuss des Verbands Region Stuttgart an die KulturRegion im Haushaltsplan 2017 um jährlich 50 Tsd. Euro höher angesetzt.</p>	
W.25. - 286	AfD	<p>Mittelzuweisung SportRegion Stuttgart e. V.</p> <p>Der jährliche Beitrag des VRS für die SportRegion Stuttgart e. V. für Personal-, Sach- und Projekt-mittel wird ab dem Haushaltsjahr 2017 um 20.000€ erhöht.</p>	<p>Keine Zustimmung.</p> <p>Der jährliche Zuschuss des Verbands Region Stuttgart an die SportRegion wurde erst 2016 um jährlich 50 Tsd. Euro angehoben. Kooperationen und Projekte im Rahmen der IBA und ihr Finanzbedarf werden sich zu einem späteren Zeitpunkt konkretisieren.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirt- schaft, Infrastruktur u.Vw.
W.26. - 288	AfD	<p>Applikationen für Mobiltelefone zur Kommunikation an die Bevölkerung im Krisenfall</p> <p>Die Menschen werden über Funk, Fernsehen und zunehmend oft auch über neue Medien über Amokläufe, Hochwasser, Terror und Unwetter informiert. Es gibt verschiedene Überlegungen, wie Menschen in solchen Notsituationen besser erreicht und gewarnt werden können. Im Gespräch sind dabei unter anderem Applikationen für Mobiltelefone. Hier konkurrieren unterschiedliche Systeme wie „Nina“ oder „Katwarn“ miteinander. Die Schwäbische Zeitung berichtete am 03.08.2016 in ihrer Online-Ausgabe über unterschiedliche Denkanstöße in diesem Bereich.</p> <p>Die Geschäftsstelle soll daher beauftragt werden zu klären:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. welches Warnsystem oder welche Warnsysteme für Mobiltelefone werden in den Landkreisen des VRS und in der Stadt Stuttgart verwendet oder stehen zur Diskussion? 2. unter welchen Voraussetzungen ist es möglich, ein regional einheitliches System zu etablieren, um möglichst viele Bürger im Notfall erreichen zu können? 	Keine Zustimmung.	
W.27. - 299	IP	<p>Sicherung von Arbeitsplätzen und Meinungsvielfalt in der Region Stuttgart im Bereich regionaler Zeitungsverlage</p> <p>Die Verwaltung berichtet über den Konzentrationsprozess in der regionalen Zeitungslandschaft, den Auswirkungen auf die Arbeitsplätze sowie auf die Meinungsvielfalt.</p>	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Es wird ein Bericht zur Entwicklung im Verlagswesen und in der Medienlandschaft vorgelegt.</p>	
W.28. - 300	IP	<p>Nachhaltige Mobilität auch in kleineren Kommunen unterstützen</p> <p>Der VRS bietet den kleineren Kommunen in der Region konkrete Hilfe bei der Antragsstellung an.</p>	<p>Erledigt.</p> <p>Die Fördermöglichkeiten aus dem Programm sind ausgeschöpft. Es ist derzeit keine weitere Antragsrunde vorgesehen.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirt- schaft, Infrastruktur u.Vw.
W.29. - 301	IP	<p>Bekanntheitsgrad des VRS verbessern</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept zu erarbeiten, wie der Bekanntheitsgrad des VRS in der Öffentlichkeit verbessert werden kann. Darin sollen folgende Punkte enthalten sein:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1.) Einführung einer Bürgerfragestunde 2.) Teilnahme von Schulklassen an Sitzungen der Regionalversammlung 3.) Übertragungen der RV-Sitzungen im Internet 	<p>Alternativer Vorschlag der Geschäftsstelle:</p> <p>Aufgaben und Erfolge der Regionalversammlung lassen sich am besten anlassbezogen, im Zusammenhang mit der Regionalwahl, öffentlich darstellen. Unabhängig von den Aktivitäten von Fraktionen und Gruppen wird die Geschäftsstelle erneut Maßnahmen zur Information der Bevölkerung ausarbeiten unter Beachtung der gesetzlichen Rahmenbedingungen.</p>	
W.30. - 303	IP	<p>Gefährdung von Industriearbeitsplätzen durch Digitalisierung</p> <p>Die Verwaltung berichtet, welche industriellen Arbeitsplätze in der Region Stuttgart durch Digitalisierung gefährdet und welche Strategien zur Bewältigung der Herausforderung notwendig sind.</p>	<p>Erledigt.</p> <p>Ist vom Kreis der Herausgeber für den Strukturbericht 2017 bereits vorgesehen.</p>	
W.31. - 304	IP	<p>IBA 2027 zum gemeinsamen Projekt von Städten, Gemeinden und Bürgern entwickeln</p> <p>Die Verwaltung setzt sich dafür ein, dass der regionale Bezug des Projekts und die Einbeziehung von Kommunen deutlicher wird.</p>	<p>Erledigt.</p> <p>Regionalbezug und Beteiligung der Kommunen sind bereits Kern des IBA-Konzepts.</p>	

Nr.Ausschuss Nr.Antr. system			Stellungnahme und Empfehlung der Geschäftsstelle	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirt- schaft, Infrastruktur u.Vw.
W.32. - 305	IP	<p>Fachkräftebedarf : Mehrfachbelastung junger Frauen zwischen Beruf und Familie</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt eine Veranstaltung u.a. mit Fachleuten des Sozialministeriums, mit Kinder- und Familientherapeuten durchzuführen mit dem Ziel ein realistisches Bild über die Belastungen junger Frauen und Familien zu bekommen.</p>	<p>Keine Zustimmung. (wie bereits mit Sitzungsvorlage Nr. 153/2013 WIV 20.11.2013 dargelegt). Die Mehrfachbelastung junger Frauen ist ein gesellschaftliches Thema. Der Sachverhalt geht deshalb weit über die vom VRS beeinflussbaren Aufgabenfelder hinaus. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist Bestandteil der Fachkräfteoffensive und der regionalen Fachkräfteallianz.</p>	
W.33. - 306	IP	<p>EU- Fördermöglichkeiten den Klein- und Mittelbetrieben durch Vorortaktionen besser bekanntmachen.</p> <p>Die Verwaltung führt in der Region, vor allem in kleineren und mittleren Orten, Veranstaltungen über EU-Projekte und entsprechende Fördermöglichkeiten durch.</p>	<p>Erledigt. Die Adressierung kleiner und mittlerer Unternehmen ist konstanter Bestandteil im Netzwerk der Europabeauftragten der Kommunen und Landkreise der Region Stuttgart.</p>	
W.34. - 307	IP	<p>Strukturkonzept für Randzonen der Region Stuttgart</p> <p>Die Verwaltung erarbeitet einen Massnahmeplan für die strukturschwächeren Randzonen der Region Stuttgart und macht Vorschläge, wie sie ihn mit weiteren regionalen und lokalen Institutionen umsetzt.</p>	<p>Keine Zustimmung. Ziel ist es, mit ganzheitlichen Ansätzen für die Region die Entwicklung so auszurichten, dass für den Gesamttraum eine positive Entwicklung entsteht an der alle Räume in der Region mitpartizipieren.</p>	